Erste Ausgabe.

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Mark. Die Hallische Zeitung erscheint wochentäglich in erster Ausgabe Vormittags 11½ Uhr, in zweiter Ausgabe Nachm. 4½ Uhr.

Hallische Zeitung

Insertionsgebühren für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg nur 15 Pf., sonst 18 Pf. Reclamen am Schluß des redactionellen Theils pro Zeile 40 Pf.

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Nummer 19. Halle, Sonntag, 23. Januar 1887. 179. Jahrgang.

(Ausgegeben am 22. Januar Vormittags.)

Zur Ersten Ausgabe gehören als Beilagen der illustrirte Roman von Ottomar Beta „Im Weltbrande" S. 61—85, sowie illustrirtes Sonntagsblatt und Lotterielisten.

Für die Monate
Februar und März
werden Bestellungen auf die
Hallische Zeitung
zum Preise von nur 2,00 Mk. für Auswärts von allen Kaiserl. Postanstalten und den Landbriefträgern, für Halle von der Expedition, gr. Märkerstraße 11, entgegen genommen.

Halle, den 22. Januar.

Politische Mittheilungen.

* Ueber die Kriegsvorbereitungen der Franzosen bringt heute die „Köln. Ztg." weitere Nachrichten. Sie schreibt:

„Wir theilten vor einigen Tagen einen Bericht „Von der französischen Grenze bei Metz" mit, der uns meldete, das französische Kriegsministerium habe beschlossen, die Festungen der Ostgrenze, namentlich Toul und Verdun, bedeutend zu verstärken; die Garnisonverwaltung Verdums habe bereits mit mehreren Bau-Unternehmern geheime Verträge abgeschlossen, wonach dieselben sich bereit halten müßten, binnen fünfzig Tagen Holzbaracken für mehrere Tausend Mann verschiedener Truppengattungen herzustellen. Diese Mittheilungen werden uns von gut unterrichteter Seite nicht nur bestätigt, sondern noch erweitert. Aus dem Elsaß erfahren wir, die Franzosen beabsichtigten, in kürzester Zeit längs der Grenze in Toul, Nancy, Lunéville, Belfort, Besançon und anderen Orten Baracken für große Truppenmassen herzustellen; insbesondere wurden in dieser Beziehung zwischen Belfort und Besançon umfangreiche Vorbereitungen getroffen; für die Lieferung des nöthigen Holzes sei die Frist so kurz gestellt, daß die Händler, denen dieselbe übertragen sei, sogar die Geschäfte im Schwarzwalde in Anspruch nehmen müßten. Der Bretthalzhandel im Nieder-Elsaß, der vollkommen darniederlag, so daß wöchentlich kaum einmal ein Waggon, und zwar fast ausschließlich ins Inland verladen wurde, hat in Folge dessen plötzlich einen großen Aufschwung genommen. In Schirmeck z. B. sind von französischen Händlern bedeutende Abschlüsse gemacht worden, es wurden von dort zwischen dem 6. und 10. Januar nicht weniger als 16 Waggons mit etwa 10000 Brettern nach Nancy abgesandt und ein Holzhändler, dessen Namen wir besitzen, hat die Schirmecker Bahnhofsverwaltung ersucht, bis auf Abbestellung täglich wenigstens zwei Waggons (der Waggon enthält etwa 600 Bretter) für ihn allein bereit zu halten. Das die versandten Bretter zum Barackenbau für Militärzwecke dienen sollen, geht für jeden Sachverständigen aus der Beschaffenheit der Bretter hervor. Auch für St. Dié, einen Ort weiter von der anderen Seite der Vogesen leicht und zur Genüge mit Breiterwaaren versorgt werden könnte, sind auffälliger Weise von Schirmeck aus große Lieferungen in Aussicht genommen. Eine Bestätigung aus einer ganz anderen Quelle kommt uns für diese Nachrichten durch die Mittheilung, daß in Conflans und Bubilly jeden Tag eine Menge Waggons mit Brettern und Brennholz durchkommen, die alle zu diesem Zwecke nach Verdun gehen, wo Unterkunft für 8000 Mann geschaffen werden soll. Gestern kamen allein aus dem Elsaß zehn Waggons Bauholz, wie es zur Errichtung von Baracken verwendet wird. Ferner sollen in Etain und Conflans, also ganz dicht an der Grenze, ebenfalls Baracken erbaut werden, wozu die Grundlinien schon abgesteckt sind." Es ist nicht zu verwundern, daß angesichts dieser Vorbereitungen in Frankreich die Kriegsgerüchte nicht verstummen wollen."

Auch die Börse hat, wie unsre Leser an anderer Stelle des Weiteren ersehen werden, die Kriegsbefürchtung bereits in empfindlicher Weise beeinflußt.

---

* **Aus dem Landtage.** Berlin, 21. Januar. Im Abgeordnetenhause fand heute die erste Berathung des Etats statt. Dieselbe wurde eingeleitet von dem Finanzminister v. Scholz, welcher aus dem Abschlusse des Etats pro 1885/86 nachwies, daß dessen Ergebnisse keineswegs hinter den Erwartungen zurückblieben, daß auch der laufende Etat voraussichtlich ein ähnliches Resultat haben werde, daß aber nicht außer Acht zu lassen sei, daß die Balanzirung materiell erst durch Anleihen hergestellt worden. Der neue Etat sei mit großer Vorsicht aufgestellt worden und doch seien alle Bedürfnisse berücksichtigt, im extraordinarium seien indeß gegen das letzte Jahr erhebliche Ermäßigungen eingetreten. Trotz dieser vorsichtigen Veranschlagung könne aber das Gleichgewicht auch dieses Etats nur durch eine Anleihe von 28 Millionen auf der erstellt werden. Eine neue Ste erworbene beabsichtige die Regierung so lange nicht zu machen, bis die vorgesehene jene Armeevermehrung gesichert sei. Im Uebrigen gebe das Defizit, so wünschenswerth auch dessen Beseitigung bleibe, zu besonderen Bedenken keine Veranlassung. Auch könnte dasselbe jeden Augenblick durch Beschränkung der Amortisation ꝛc., oder durch eine gründliche Revision des Etats beseitigt werden, indeß sei einem solchen Vorgehen aus wirthschaftlichen Gründen die Anleihe noch vorzuziehen. In der folgenden Debatte legten die Redner der verschiedenen Parteien besonders ihre Stellung zur Steuerreform in Preußen und im Reiche dar. Auch die Beschlüsse des Reichstags zur Militairvorlage kamen zur Erörterung. An der Debatte betheiligten sich die Abgg. Dr. Meyer-Breslau (deutschf.), Frhr. v. Minnigerode (kons.), Frhr. v. Huene (Zentr.), Dr. Enneccerus (nat.-lib.), Dr. Windthorst (Zentr.), Frhr. v. Zedlitz-Neukirch (kons.) und v. Eynern (nat.-lib.). Der Behauptung der Opposition gegenüber, daß die Regierung nach wie vor auf dem Monopolgedanken beharre, wiederholte der Herr Finanzminister, daß vor Abschluß der Armeevermehrung an neue Steuerpläne gar nicht gedacht werden könne daß er aber eine Erklärung dahin, daß die Regierung das Monopol ganz aufgeben, unmöglich abgeben könne, da keine Regierung negative Beschlüsse fasse. Für jetzt sei das Monopol aufgegeben. Morgen weitere Vorlagen.

---

* **Der Kaiser** besuchte vorgestern Abend die Vorstellung im Schauspielhause. Nach dem Schluß derselben fand im kaiserlichen Palais eine kleinere Theegesellschaft statt. Gestern Vormittag nahm der Kaiser die üblichen Vorträge entgegen.

* **Der Bundesrath** hielt am 20. d. M. unter dem Vorsitz des Böttichers eine Plenarsitzung ab. In derselben wurde dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Rechtsverhältnisse der Beamten und Lehrer, sowie dem Gesetzentwurf über die Feststellung des Landeshaushalts-Etats von Elsaß-Lothringen für 1887/88 die Zustimmung ertheilt und beschlossen, bezüglich der Rechnung der Kasse der preußischen Ober-Rechnungskammer für das Etatsjahr 1884/85, soweit sie den Rechnungshof des Deutschen Reichs betrifft, die Entlastung zu ertheilen. Der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend das Gnadenquartal, und der Antrag Badens, betreffend die Aenderung der Statuten der badischen Bank wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Seitens des Ausschusses für Rechnungswesen wurde über die Denkschrift wegen Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze und den zu derselben gefaßten Beschluß des Reichstags Bericht erstattet.

* Wie es heißt, wird das Abgeordnetenhaus sich in etwa drei Wochen mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen vertagen.

* Nach dem Vorgange des Herrenhauses machte sich innerhalb der konservativen Partei des Abgeordnetenhauses der lebhafte Wunsch rege, im zeitigen Augenblicke auch aus dem Abgeordnetenhause mit einer Kundgebung in Form einer Adresse hervorzutreten. Mit Rücksicht aber auf wesentliche Bedenken besonderer Natur, welche von anderer Seite geltend gemacht wurden, hat das Bestreben der konservativen Partei nicht verwirklicht werden können, da für dieselbe ein einseitiges Vorgehen gerade bei einer solchen Gelegenheit um des Zweckes selbst willen ausgeschlossen sein mußte.

* Der ungesegnete Windthorst. Mehrere Freunde des Herrn Windthorst hatten sich in Rom verwendet, daß demselben zu seinem Geburtstage der Apostolische Segen ertheilt würde. Seine Heiligkeit soll jedoch diese Zumuthung rund abgewiesen haben. Für die Beurtheilung des augenblicklichen Verhältnisses Herrn Windthorsts zu Rom dürfte diese Thatsache nicht ohne Werth sein.

Frankreich. Wieder eine Krisis? Der Budgetausschuß hat den abgeänderten Budget-Entwurf des Finanzministers, nach welchem 383 Millionen mittelst in 66 Jahren rückzahlbarer Obligationen emittirt werden sollen, mit 18 gegen 6 Stimmen abgelehnt. In parlamentarischen Kreisen hält man eine Ministerkrisis für möglich.

Großbritannien. Zur Lage. Der „Standard" bespricht die gegenwärtige prekäre Lage, die sich durch jedes Gerücht beeinflussen lasse und meint, die von dem Fürsten Bismarck in dem deutschen Reichstage gestellte Forderung des Vertrauens und der Appell an den Patriotismus des deutschen Volkes sei lediglich die öffentliche und unverkennbare Anerkennung der gleichsam elementaren Thatsache, daß zwischen dem deutschen Reich und der französischen Republik nur eine durch Blut wegzuwaschende sieltige Fehde bestehe. Dies mache die gegenwärtige Lage in vieler Beziehung schlimmer, als ein wirklicher Krieg; wenn es gewiß sei, daß jetzt Geduld und Ausharren einen späteren Krieg verhindern könne, so werde das Volk gewiß zu jedem Opfer bereit sein.

— Wie dem „Reuter'schen Bureau" aus Rangun von gestern gemeldet wird, soll die Armee in Birma im Monat März auf 10000 Mann reducirt werden. So scheint einer der Sorgen, welche das jetzige englische Kabinet mit übernommen hatte, dasselbe jetzt enthoben zu werden. In dem vor Jahresfrist dem Britischen Reiche einverleibten Birma hat General Roberts, wie man nach den Nachrichten der letzten Wochen annehmen darf, gründlich aufgeräumt. Die aufständische Bevölkerung soll fast überall unterworfen sein.

Italien. Päpstliches Consistorium. In dem nächsten am 7. März d. J. stattfindenden Konsistorium werden die päpstlichen Nuntien in Wien, Madrid und Mgr. Masella zu Kardinälen ernannt werden; zwei andere Kardinalsernennungen sind außerdem wahrscheinlich.

Der Papst nahm die Demission des Kardinal Staatssekretär Jakobini an, beließ demselben aber als Zeichen seiner Zuneigung und Hochachtung die bisher von demselben inne gehabten Wohnräume im Vatikan. Jakobini wird wahrscheinlich zum Präfekten des apostolischen Palastes ernannt werden. Der Staatssekretärposten wird zunächst provisorisch durch einen Kardinal besetzt.

Päpstlicher Staatssecretarius. Der Nuntius in Madrid, Rampollo del Tindaro, ist zum päpstlichen Staatssekretär designirt.

Bulgarisches. Anfang vom Ende? Die „Polit. Korresp." meldet aus Konstantinopel, in unterrichteten Kreisen gelte die Bereitwilligkeit der bulgarischen Regentschaft zurückzutreten als prinzipiell gesichert, vorausgesetzt, daß man in der Kandidatenfrage beruhigende Zusicherungen erhalte. Da Rußland sich für die Kandidatur des Fürsten von Mingrelien in keiner Weise offiziell engagirt habe und die Pforte bereit zu sein scheine, ihr bekanntes, diese Kandidatur empfehlendes Cirkular zurückzuziehen, so glaube man diese Schwierigkeit überwinden zu können und scheine es, als seien die vertraulichen Unterhandlungen der Mächte augenblicklich besonders hierauf gerichtet. Dem Bedenken Rußlands und der Türkei hinsichtlich der Sobranje wolle man in Sofia gleichfalls Rechnung tragen und einer aus allen Parteien zusammengesetzten Koalitionsregierung die Aufgabe zuweisen, durch Maßnahmen im Lande weitere Verhandlungen betreffs der Auflösung der Sobranje und der Ausschreibung neuer Wahlen vorzubereiten. Die türkischen Kreise hofften bestimmt, daß die bulgarische Frage auf dieser Grundlage gelöst werde.

Der zu Ehren der bulgarischen Delegirten von dem Verein der Presse in Rom veranstalteten Abendgesellschaft wohnten mehrere Senatoren und Deputirte, der Bürgermeister von Rom, sowie viele Journalisten und andere Gäste bei.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 21. Januar.

Das Abgeordnetenhaus hielt heute Vormittag 11 Uhr seine vierte Plenarsitzung ab. Auf der Tagesordnung stand die erste Berathung des Staatshaushaltsetats per 1. April 1887/88. Die Verweisung verschiedener Theile des Etats an die Budgetkommission wird in üblicher Weise beantragt. Finanzminister von Scholz eröffnet die Debatte und beschränkt als seine Aufgabe, aus dem vorliegenden Material zunächst das Neue hervorzuheben. Er beginnt mit der Darstellung des Finanzergebnisses von 1885/86, betont, wie er im vorigen Jahre einen Ueberschuß von 7 Millionen Mark für 1885/86 in Aussicht gestellt habe und zeigt an der Hand der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben, wie diese Erwartungen von der Wirklichkeit bestätigt worden seien. Das wahrscheinliche Ergebniß der Finanzverwaltung des laufenden Jahres werde dem des Vorjahres sehr ähnlich. Es sei ein Minderertrag bei der Bergverwaltung zu konstatiren, bei den Eisenbahnen wurde das Ergebniß schwanken, in der Schätzung des Ausfalls wäre auf mehr als auf 6 Millionen zu rechnen, indeß würde die Eisenbahnverwaltung wie sie früher unter dem Rückgang von Handel und Verkehr gelitten hat, in der letzten Zeit durch den Aufschwung des Handels und Verkehrs gewinnen, so daß ein günstigeres Resultat nicht ausgeschlossen sei. Redner führt die Monatseinnahmen im Vorjahre an, und knüpft die Hoffnung daran, daß das ungünstige Ergebniß des Vorjahres eine günstigere Wendung nehmen werde. Bei der Bauverwaltung werde ein Mehrbedarf ins Auge zu fassen sein. Bei der landwirthschaftlichen Verwaltung sei ein Mehrbedarf zu verzeichnen. Alles in Allem ergebe sich eine Mindereinnahme von 18 Mill. Mark. Bei den Forsten, direkten Steuern, indirekten Steuern, der allgemeinen Staatsverwaltung, beim Justizministerium, Ministerium des Innern seien günstigere Ergebnisse von 22 Millionen, als im Etat vorgesehen sei, zu erwarten. Den 18 Millionen Mindereinnahme ständen somit 22 Millionen günstigeres Ergebniß gegenüber, es sei also ein Plus von 4 Mill. Mark in Aussicht zu nehmen. Bei der Etatsaufstellung für das nächste Jahr habe sich die Staatsregierung von großer Vorsicht leiten lassen, namentlich bei Veranschlagung der Staatseinnahmen, die um 2½ Millionen Mark niedriger als für das laufende Jahr angesetzt worden seien.

In übersichtlicher Weise gruppirt Redner die einzelnen Veranschlagungen, legt unter lebhaftem Beifall dar, wie die Ergebnisse der Eisenbahnverwaltung mit ihrem Reinertrage von 210 Millionen Mark ein beredtes Zeugniß für die Richtigkeit unserer Eisenbahnpolitik ablegen, um sodann bei Besprechung der aus den direkten Steuern zu erwartenden Mehreinnahmen die überraschende Mittheilung zu machen, daß dieses Mehr fast ausschließlich auf die städtische Bevölkerung entfällt, während die letzte Veranlagung bei der ländlichen Bevölkerung einen Rückgang an der Klassen- und Einkommensteuer zu verzeichnen habe. (Hört! Hört!) Es sei dies nur ein neuer Beweis für den Druck, der fortgesetzt auf unserer Landwirthschaft laste und der vollkommen geeignet sei, den Ernst der Aufgaben, den wir hier gegenüberstehen, erkennen zu lassen. Nachdem der Finanzminister noch die weiteren für das Endergebniß des Etats 1887/88 maßgebenden Momente erörtert und darauf aufmerksam gemacht hatte, wie Preußen trotz der Erhöhung der Matrikularbeiträge noch immer 432000 ℳ mehr vom Reiche herausgezahlt bekommen habe, geht er zur Beantwortung der Frage über, ob das diesmalige Defizit von 28 Millionen Mark bedenklich für unsere Staatswirthschaft erscheine, und ob die Art, wie die Deckung desselben vorgeschlagen sei, zu Besorgnissen Anlaß gebe. Redner bemerkt, der Augenblick sei nicht geeignet, die Frage der dauernden Lösung unserer Finanznoth zu erörtern. Die Frage: was geschehen solle zur Verbesserung der Finanzen, habe wohl eine Berechtigung. Im Wesentlichen führte der Minister hierzu aus: Ich habe diese Frage zu wiederholten Malen hier erörtert. Zu meiner Genugthuung habe ich heute nichts davon zu bereuen, nichts zurücknehmen, nichts zu modifiziren und dennoch stehe ich heute dieser Frage anders gegenüber als früher. Die Thatsache, daß für jetzige unsere Staatseinrichtungen, in welcher wir die höchste Bürgschaft für den Frieden, die einzige Gewähr und Sicherheit, die erste Grundlage unserer Kultur erblicken, für unsere Armee, die nothwendigsten Mittel zu verweigern versucht worden sind, drängt für jetzt alle anderen Sachen in den Hintergrund. Wir müssen unsere ganze Aufgabe auf den einen Punkt concentriren, daß diese Thatsache wieder aus der Welt geschaffen wird. (Lebhafter Beifall.) Von der Art und Weise, wie das geschehen soll, werden auch alle Finanzreformen abhängig sein. Nach der allgemeinen Andeutung in der Eröffnungsrede wird unser Finanzgebäude schwerlich anders, als auf dem Wege weiterer Entwickelung der indirekten Steuern Abhülfe erhalten können. Ich kann das aber heute nicht zum Gegenstand einer besonderen Erörterung machen; ich kann nur sagen, wir müssen warten, bis jene Aufgaben, von denen ich gesprochen habe, ihre Erledigung gefunden haben, daß wir dann die Frage wieder aufnehmen, auf welche Weise eine Finanzreform weiter zu versuchen sein wird. Fassen Sie die Lage so mit uns auf und fragen Sie sich, ob es angehend sein wird, für das diesmalige Defizit von 28½ Millionen eine neue Anleihe zu votiren, so werden Sie unschwer zur Bejahung dieser Frage gelangen. Darin kann Niemand etwas außerordentliches, noch nicht dagewesenes sehen, denn wenn Sie die ganze Reihe unserer Etats zehn Jahre rückwärts überblicken, so werden Sie nur 2 Jahre — 1882/3 und 1884/85 — finden, welche, und zwar durch eine zufällige Gunst der Umstände ohne ergänzende Anleihe zum Abschluß gebracht werden konnten. Alle anderen Etats haben dieses Auskunftsmittel in großem Umfang zur Bilancirung benutzt. Der Schluß liegt nahe, daß ein Auskunftsmittel welches so lange und so oft als Hilfsmittel benutzt worden ist, nicht gerade jetzt als etwas Verwerfliches zurückgewiesen werden kann. So bedauerlich dieses Defizit auch ist, so hoch sein diesmaliger Betrag erscheinen mag, so ist das nicht entfernt als Zeichen schlechter staatlicher Wirthschaft anzusehen. Fänden wir, daß wir ein Budget mit einem solchen Defizit nicht mehr votiren können, daß es zu drückend sei, und wollten wir dann den Ausweg wieder betreten, der 1869 ebenfalls betreten worden ist, zur Beschränkung der Amortisationen übergehen, so hätten wir mit leichter Mühe Erfolg. Nach Kap. 1 des Etats sind 30 Millionen zur Schuldentilgung vorgesehen; soweit diese Amortisation Kap. 37 betrifft, könnten wir diese Tilgung einfach cessiren lassen, denn sie beruht nur auf Vertändigung zwischen dem Landtag und der Regierung. Im übrigen könnten wir uns die Amortisationen durch Umwandlung in Konsols sehr leicht vom Halse schaffen. Sie wissen, daß dieser Weg praktisch beschritten worden ist, auch in diesem Moment glaube ich, könnten wir ihn beschreiten, so daß wir uns nicht mehr mit einem Defizit abzugeben hätten. Oder wenn wir daran nicht rühren wollten, so könnten wir zu einer Ermäßigung des Defizits gelangen durch eine strenge Revision unseres gesammte Etats, durch Ausmerzung der Ausgaben, die von Jedermann zwar als dringend empfohlen werden, die zu machen wir ab

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870123 1-19/fragment/page=0001

nicht gewonnen sind. Ich will nur ein paar Positionen dieser Art des Beispiels halber hervorheben: Beschaffung von Forstdienstgebäuden, Ankauf von Grundstücken in der Forst- und Eisenbahnverwaltung, Vermehrung der Sammlungen, Ablösung von Forstservituten 2c. Wir haben im Ganzen die Möglichkeit, wenn wir eine so rauhe Revision vornehmen wollen, zu einem Extraordinarium zu gelangen, wie wir es 1871 gehabt haben, nämlich 18 Millionen Mark. Also auch auf diesem Wege, wenn das Defizit absolut nicht mehr getragen werden kann, wäre der Finanzlage entgegen zu kommen. Aber wie Sie mit uns der Meinung gewesen sind, daß die Knappheit der Lage uns nicht bekimmen soll, solche oder ähnliche Wege einzuschlagen, weil sie folgenschwerer sind, als die Deckung durch Anleihen, der weil sie viel zu einschneidend die Entwickelung des Volkes und des Landes hemmen, so werden auch jetzt die Lage in Uebereinstimmung mit uns beurtheilen und sie im Großen und Ganzen als annehmbar ansehen im Vertrauen auf eine glückliche Verbindung der Umstände und eine allseitig befriedigende Lösung der Finanzaufgaben! Die Staatsregierung ist von diesem Vertrauen erfüllt, sie rechnet auf Sie und sie wird sich freuen, in diesem Vertrauen von Ihnen bestärkt zu werden! (Großer Beifall.)

Dr. Meyer-Breslau bezeichnet den Etat für das nächste Jahr als den ungünstigsten, den er bisher gesehen habe. Der schlechte Stand unserer Finanzen zeige sich namentlich in der knappen Bemessung des Extra-Ordinariums in diesem Etat. Trotzdem sei es nicht gelungen, das Budget zu balanciren, und es müsse zur Anleihe gegriffen werden. Sparkasseneinlagen seien kein richtiger Maßstab für das Wachsen des Wohlstandes ein richtigeres Bild gäben die Einnahmen aus den Zöllen, die schon zurückgegangen seien und noch mehr zurückgehen würden. Ein noch besserer Maßstab liege im Rückgange der Einnahmen aus der Berg- und Eisenbahnverwaltung. Er zieht den Schluß, daß die neue Wirthschaftspolitik die gemachten Versprechungen nicht gehalten habe, obgleich er diese nicht allein für den Rückgang der wirthschaftlichen Lage verantwortlich mache. Das übermäßige Anwachsen der Staatsausgaben sei außerdem an der schlechten Finanzlage Schuld, er erwähne nur den Vorabtestamat, die Kolonial- und Sozialpolitik. Dem Gedanken, das Deficit durch eine Anleihe zu decken, trat er hierauf entgegen und bekämpfte die Aeußerung des Ministers, daß der Reichstag die Mittel der Reichsregierung für die Militärvorlage verweigert habe. Als er ausführt, der Reichstag habe jeden Mann und jeden Groschen bewilligt, erregt er die Heiterkeit der Rechten. Der erste Fehler in der Vorlegung des Militärgesetzes habe darin beruht, daß der Finanzminister nicht an die Mittel zur Deckung der durch die Militärvorlage erwachsenden Mehrausgabe gedacht habe. Seine Partei werde stets die Ausgaben ablehnen, für die man die Einnahmen nicht kenne. Die höheren Einkommen, namentlich der mediatisirten Fürsten, müßten besteuert werden, um die Mehrbelastung der Militärvorlage zu decken. Redner vermißt, daß der Finanzminister über die Monopolfrage sich geäußert habe, und behauptet, daß die Fortführung der bisherigen Finanzpolitik nur durch Monopole ermöglicht werden könne. (Beifall links.) Frhr. v. Minnigerode versteht nicht, daß der Vorredner den Finanzminister für das Scheitern der Militärvorlage verantwortlich mache, und konstatirt zwar auch das Sinken der Einkommensteuer in den sächsischen Bezirken, hält dem aber entgegen, daß diese Thatsache auch in anderen Staaten stattfinde. Die geringe Schwankung in der Eisenbahnverwaltung, der bescheidene Ausfall sei zu ertragen, gegenüber den glänzenden Ergebnissen der Vorjahre. Weniger erfreulich sei das Bild auf dem Gebiete der Domänenverwaltung. Er bestreitet, daß die Schutzzölle der Grund für die niedrigen Getreidepreise seien und betont, daß die ungesunde wirthschaftliche Lage des platten Landes durch den Mangel an Konsumtionsfähigkeit hervorgerufen werde. Bezüglich der Forstverwaltung ruhnte er die Schundbahnen als Mittel für die Hebung dieser Verwaltung. In agrarischen Kreisen sei der Verkauf von Silber nicht angenehm empfunden worden. Im Sinne einer zu erstrebenden internationalen Doppelwährung bliebe er und seine Freunde auch jetzt fest. Die Erlasse an direkten Steuern seien als Forderung der Billigkeit und Gerechtigkeit aufzufassen, um das indirekte Steuersystem im Reiche auszubilden. Ueber die Mehreinnahmen der Lotterieverwaltung freue er sich. Was den Kultusetat betrifft, so stimmt er den in Aussicht genommenen Mehrausgaben zu und vermißt nur das Mehr für Universitäten. Er erinnerte daran, daß das Extra-Ordinarium mit seiner bescheidenen Summe gegen das kolossale Ordinarium nicht in Betracht komme. Seit 1868 seien 192 Millionen Mark auf dem Wege der Anleihe angebracht worden. Das Reich sei auf finanziellem Gebiet der Vormund der Partikularstaaten. Das Reich müsse helfen, die Millionen könnten auch nur von Millionen aufgebracht werden. Der Gedanke einer Reichseinkommensteuer sei schon früher ein todtgeborenes Kind gewesen, er müsse dagegen Protest einlegen, daß damit den Einzelstaaten das Recht der Besteuerung beschränkt werde. Die Conservativen würden in dieser Session Anträge bezüglich Reform der direkten Steuern einbringen, daß der Reform der direkten Steuern so wenig geschehen sei, die Schuld dafür messe er der Linken bei. (Beifall rechts.) Redner versichert zum Schlusse, daß seine (conservative) Partei das feste Vertrauen habe zur festen Hand der Staatsregierung, vor Allem durfte unser Heer nicht zum Schaukelpferd der Parteien werden. (Lebhafter Beifall rechts.) Frhr. v. Huene hebt zwei Punkte hervor, den Etat der Zölle und die Reform der direkten Steuern und spricht die Ueberzeugung aus, daß die Ueberweisungen von diesem Jahre lediglich zur Erleichterung der Steuerzahler verwendet werden sollen. Wenn man sich neue Ausgaben schaffe, werde man dem Sinne der Ueberweisungen entgegenhandeln. Eine zweckmäßige Theilung der Steuerobjecte im Reiche und in den Particularstaaten müsse eintreten. Die Ausführung einer directen Reichseinkommensteuer werde ohne Beeinträchtigung der Einzelstaaten nicht möglich sein. Wollten die Liberalen tabula rasa machen und an die Stelle die Reichseinkommensteuer treten lassen, oder Zuschläge in den Einzelstaaten erheben? Das würde die Verhältnisse im Reiche und in den Einzelstaaten auf den Kopf stellen. Eine Reform der Gewerbesteuer müsse erstrebt werden. Eine Reform der Gewerbesteuer sei seine Partei entgegengekommen, müsse aber verlangen, daß vom Monopol abgesehen werde. Er halte es für verhängnißvoll und die wirthschaftlichen Verhältnisse schädigend, wenn man das Monopol einführen wollte. Noch ehe die Militärvorlage eingebracht worden sei, habe seine Partei an die Deckung der Mehrausgaben gedacht. Daher müsse auch der preußische Finanzminister mit der Deckungsfrage sich beschäftigen und einen Reformplan vorlegen. Große Bedenken habe er gegen den Etat nicht. (Lebhafter Beifall im Centrum.) Dr. Enneccerus bekämpft die Ansicht, daß es zulässig sei, die Ueberschüsse aus den Eisenbahnen und den Staatsausgaben zu verwenden, und bezeichnete den Gedanken einer Reichseinkommensteuer als sympathisch. Jedoch die technischen Bedenken seien sehr schwer. Er leugne, daß diese Steuer das ganze Universal-Hülfsmittel für die Reichs- und Staatsfinanzen sei, die Herren seien auch vorsichtig gewesen, die Einzelheiten der Durchführung der Steuer nicht anzugeben. Ohne Erhöhung der indirecten Steuern könnten die Reichs- und Staatsfinanzen nicht dauernd geregelt werden, namentlich eine Erhöhung der Branntweinsteuer müsse angestrebt werden. Gegen das Aufsuchen der Monopolideen erkläre er sich, seine (nicht nationalliberale) Partei habe schon das Tabak- und Branntweinmonopol abgelehnt. Trotzdem fürchte man, daß seine Partei für dieselben stimmen könnten. Redner geht zum Schlusse auf das Verhalten der Opposition im Reichstage gegen die Militärvorlage ein. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Dr. Windthorst sucht die Haltung der Opposition im Reichstage gegenüber den bisherigen Angriffen zu rechtfertigen. Man verfolge mit der Auflösung andere Pläne und dem müsse er entgegentreten. Obgleich die auswärtige Lage nicht gefahrdrohend sei, habe die Reichsregierung jeden Mann und jeden Groschen erhalten. Man habe die dritte Berathung nicht abgewartet, obgleich man nicht gewußt hätte, was bei derselben herausgekommen wäre (Heiterkeit.) So lange die Sache nicht definitiv geregelt gewesen wäre, hätte die Reichsregierung nicht einschreiten dürfen. Ein Staatskörper wie das Herrenhaus hätte Bedenken tragen sollen, gegen ein andres Parlament Front zu machen. Er habe sich gefreut, daß es Herrn von Evnern gelungen sei, in diesem Hause eine Adresse zu hintertreiben. Das Monopole werde seine Partei unter allen Umständen verwerfen, auf die Erklärungen des Vorredners gegen dieselben lege er kein großes Gewicht und wolle erst abwarten, was Bennigsen und Miquel sagen würden. (Beifall im Centrum.) Finanzminister v. Scholz: Für uns gilt der Reichstag als geschlossen und dieses Haus nicht als der geeignete Ort, die Debatten fortzuführen (Bravo!) Frhr. v. Zedlitz-Neukirch vertritt den Standpunkt, die Bewilligung vom 14. Januar im Reichstage sei der Deckmantel für die Ablehnung gewesen. In dritter Lesung wäre der Antrag Stauffenberg abgelehnt worden. Das Wort „jeder Mann und jeder Groschen" entbehre daher der Wahrheit. Ein Staatsmann von der Bedeutung Bismarcks müsse so sprechen, daß keine Worte friedlich wirkten. Es sei ein Akt, der nicht Hochverrath, aber auch nicht Patriotismus genannt werden könne, wenn man den inneren Streit provozire (Widerspruch links; Beifall rechts.) Auf den Etat eingehend, anerkannte er, daß die gegenwärtige Lage schwierig sei, und hält den Gedanken der Reichseinkommensteuer für todtgeboren, man müßte denn die Partikularstaaten ihrer Hoheitsrechte berauben. Es sei verwerflich, einen solchen Plan in die Diskussion zu werfen. Das Reich werde den Bedarf für eigene und Landesbedürfnisse auf dem Wege der indirekten Besteuerung zu decken haben. Das Tabakmonopol sei begraben, ebenso das Branntweinmonopol, nur zu Wahlzwecken werde es wieder von den Freisinnigen in's Leben gerufen. Eine mäßige Getränkesteuer werde den Verbrauch nicht vermindern. Er freut sich, daß auch in Preußen das reformbedürftige System der direkten Steuern der Reform unterzogen werden solle. Die Vorschläge des Herrn von Huene würden zur Verständigung führen. Die Liberalen sollten sich in anderer Weise als bisher an der Reform betheiligen. Wenn sie es nicht wollten, dann würde man das Projekt der Reichseinkommensteuer als Vorwand erkennen. Die Staatsregierung müßte die Mittel zur Deckung des Defizits schaffen und seine Partei werde dabei behilflich sein. Dr. Windthorst bestreitet, daß die Monopolfrage nur zu Wahlzwecken hier genannt worden sei. Nach den Aeußerungen des Finanzministers im Reichstage sei er nicht sicher, daß nicht das Tabakmonopol wieder auftaucht, die Kandidaten für den Reichstag sollten auf ihre Stellung zum Monopol angesehen werden. Von einer Kriegsgefahr könne keine Rede sein, nachdem der Reichstag aufgelöst worden sei. Er wisse nicht, ob der Reichskanzler die Auflösung des Reichstags nicht bereuen werde. Daß die ernstliche Bewilligung der Militärvorlage im Reichstage nicht acceptirt werden würde, hätte er nicht erwartet. (Heiterkeit.) Wenn der Reichskanzler amtlich spreche, so nehme er (Redner) dies als wahr an. (Große Heiterkeit.) Finanzminister v. Scholz bedauert, daß der Vorredner advokatisch aus seinen Reden Schweigen u. s. w. gegen ihn reducire. Diese Kampfesweise sei nicht nach seinem Geschmack. Die Schlüsse des Vorredners seien willkürlich. Er habe heute die Erklärung abgegeben, daß über die Andeutungen der Eröffnungsrede hinaus ein näher bestimmtes Vorgehen zur Erreichung dauernder Finanzzustände nicht in Aussicht gestellt werden könne u. s. w. Wenn Windthorst beabsichtigt habe, seine Person der Regierung gegenüber herabzusetzen, so weise er diese Tendenz zurück. Welcher Minister oder welches Bundesrathsmitglied könne auf die Anfrage eines Reichstagsabgeordneten, ob eine Idee definitiv aufgegeben sei, immer eine bestimmte Antwort geben? Die preußische Regierung sei ja auch aus vielen Köpfen zusammengesetzt. Die betreffende Anfrage Windthorst's sei merkwürdig gewesen, wenn sie nicht so, wie Windthorst gethan habe, fruchtbringt werden sollte. Er leugne nicht, als Freund des Monopols auch heute zu gelten, aber daraus könne und dürfe nicht politisches Kapital geschlagen werden. Von der Art und Weise der Unterstützung werde der Gang der Politik abhängen. Wenn die Regierung durch eine fortschrittliche Majorität beherrscht würde, so müßte sie an die Wünsche dieser ihrer besten Freunde sich kehren und die Reichseinkommensteuer annehmen. (Heiterkeit.) Es sei Wahrheit, daß die Regierung erst die Frage der Steuerreform aufnehmen könnte, wenn die Sorge wegen der Militärvorlage beseitigt sei. (Lebhafter Beifall.) von Eynern polemisirt gegen Dr. Alexander Meyer und kennzeichnet die Schwierigkeiten einer Reichseinkommensteuer. Die Berliner Communalverhältnisse seien schlechthin unter und legten Zeugniß ab von dem Berliner Ring mit seinen theoretischen Bestrebungen. Die Nationalliberalen hätten sich gegen die landwirthschaftliche Noth nicht verschlossen und erwarteten in dieser Beziehung praktische Vorschläge. An die Verhandlungen im Reichstage über die Militärvorlage anknüpfend, bestreitet er, die Adresse an den Kaiser verhindert zu haben, giebt aber zu, daß er nicht ein Freund der Adresse gewesen sei. Der Kaiser könne sich ohne Adresse gegen alle inneren und äußeren Feinde auf die Majorität dieses Hauses verlassen. (Lebhafter Beifall.) Er (Redner) sei gegen den Erlaß der Adresse gewesen, weil er befürchtet habe, bei der Diskussion könnten Worte fallen, die das Gemüth des Kaisers verletzt hätten. (Bravo.) Die dreijährige Bewilligung sei erst zugestanden worden, als die Herren von der Stimme des Volks Bange bekommen (Widerspruch links. Beifall rechts) und gewußt hätten, daß ihr Anerbieten nicht angenommen werden würde. Die Nationalliberalen ständen unentwegt auf dem früheren Standpunkt auf dem Boden der liberalen Anschauung. Der freisinnigen Agitation werde durch eine Rückerinnerung an frühere Worte die Grundlage entzogen. Er hoffe, daß das deutsche Volk bei den Neuwahlen sich dafür entscheiden werde, daß es nichts mehr mit Windthorst zu thun haben wolle. (Lebhafter Beifall.) Ein Schlußantrag wird abgelehnt, vielfachen Wünschen auf Vertagung wird nicht stattgegeben. Dr. Windthorst erwidert dem Vorredner und bestreitet, daß die Majorität im Reichstage auf die dreijährige Bewilligung erst dann gekommen sei, als sie gewußt hätte, daß die Reichsregierung darauf nicht eingehen würde. Redner wendet sich sodann gegen den Finanzminister, welcher auch heute seiner Monopolschmerzen Ausdruck verliehen habe. Finanzminister von Scholz bestätigt, daß Windthorst zuletzt den Inhalt seiner Ausführungen richtig wiedergegeben habe. Windthorst thue so, als ob eine Regierung eine bestimmte Marschroute Steuerprojekte zu verfolgen, einzuhalten hätte. Jedes Steuerprojekt müsse dem Gesetz der Billigkeit entsprechen. Die Idee des absolut Richtigen könne aber nicht immer erreicht werden. Ob die Regierung heute oder in Zukunft die Monopolidee aufgeben werde, sei ein reiner Unterschied. Heute sei die Idee aufgegeben, denn sie liege nicht vor. (Widerspruch links.) Sei aber gemeint, ob die Vorlage für die Zukunft aufgegeben sei, so müsse er sich auf seine früheren Ausführungen berufen. Es sei ja nicht neu, daß er ein Freund der Monopolidee sein und bleiben werde. Die Generaldiskussion wird hierauf geschlossen. Gemäß der oben erwähnten Anträge werden verschiedene Theile des Etats der Budgetkommission überwiesen. Schluß der Sitzung 4¼ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. Tagesordnung: Steuervorlagen.

Zur Wahlbewegung.

Das nationalliberal-deutschfreisinnige Compromiß in Halle, von dem in den Zeitungen die Rede ist, beschränkt sich, wie die Nationallib. Corr. hört, vorläufig darauf, daß die Deutschfreisinnigen angeboten haben, den bisherigen Vertreter Alexander Meyer fallen zu lassen und einen gemeinsamen Candidaten aufzustellen, der sich auf das Septennat verpflichtet, z. B. Herrn Spielberg. — Was wird Herr Richter zu diesen Deutschfreisinnigen sagen?

Täglich treten Anzeichen hervor, daß die Militärfrage zu einem tiefen Riß in der bisherigen deutschfreisinnigen Partei führen wird oder schon geführt hat. In Danzig erlassen eine Anzahl hochangesehener Mitglieder einen Aufruf, worin sie sich gegen die dreijährige Bewilligung der Heeresvorlage erklären, welche die Armee fortwährenden Wahlkämpfen preisgebe, und ihren Entschluß ankündigen, ihre Stimmen nur einem Candidaten zu geben, der für die unveränderte Vorlage einzutreten bereit ist.

— Halle. Die Vertreter des Haupt-Wahlausschusses der socialdemokratischen Fraktion Grillenberger, Hasenclever, Liebknecht, Meister und Singer 2c., die hier zu einer Berathung versammelt waren beschlossen folgende Taktik bei der bevorstehenden Wahl zu beobachten: Wo sonst nationalliberale Kandidaten zur engeren Wahl kommen, enthalten sich die Socialdemokraten der Stimme; bei engeren Wahlen zwischen Deutschfreisinnigen resp. Centrum gegen Konservative resp. Nationalliberale wird bei der Stichwahl für Erstere gestimmt, wenn ihr Kandidat sich verpflichtet, gegen die Verlängerung des Socialistengesetzes zu stimmen und für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Reichs-Wahlgesetzes einzutreten. Geschieht dies nicht oder wird ausweichend auf diese Fragen geantwortet, so enthalten die Socialdemokraten sich ebenfalls der Stimme.

— Zu Berlin wurde in einer Versammlung der Vertrauensmänner der Nationalliberalen, Deutschkonservativen und Freikonservativen eine vollständige Einigung erzielt. Einstimmig wurde der Beschluß angenommen, den sechs Wahlkreisen nachstehende Kandidaturen zu empfehlen: I. Landesdirektor v. Levetzow (k.-k.), II. Feldmarschall Graf Moltke, III. Oberbürgermeister Miquel (natlib.), IV. Präsident des Reichs-Versicherungsamts Bödiker (kons.), V. Schriftsteller Cremer (s.-t.), VI. Fabrikant Kalb (s.-t.). Die Versammlung organisirt sich zu einem gemeinsamen Wahlcomité, welches den Mittelpunkt für die sämmtlichen verbündeten Wahlvorstände von Berlin zu bilden bestimmt ist.

♀ Merseburg. Der hiesige nationale Verein der deutschen Mittelparteien wird sich in einer am nächsten Montag, den 24. Jan., Abends 8 Uhr stattfindenden außerordentl. Versammlung in der Kaiserhalle über den von ihm aufzustellenden Reichstags-Candidaten schlüssig machen. Ueber die Aufstellung eines Candidaten seitens der liberalen resp. der deutschfreisinnigen Partei in unserm Wahlkreise verlautet bis jetzt noch nichts, doch ist mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß dieselbe an dem bisherigen Vertreter unseres Wahlkreises festhalten wird.

✕ Delitzsch, 21. Jan. Wie wir zu unserer Freude hören, hat der Landrath Dr. Frhr. v. Bodenhausen auf Burgkemmin im Hinblick auf die ernste Lage des Vaterlandes sich bereit erklärt, ein Mandat für den Bitterfeld-Delitzscher Wahlkreis wieder anzunehmen.

— Apolda. Die Nat.-Lib. und Kons. des I. Weimar. Wahlkreises werden nun mit Bestimmtheit den Landtagsabg. Müller-Apolda als Cand. bei der bevorstehenden Wahl aufstellen. Regierungsrath Stier und Dr. Köhler aus Weimar, Ersterer als Delegirter der Kons., Letzterer als solcher der Nat.-Lib. haben bei ihrem Hiersein von Herrn Müller schließlich die Zusage erhalten, eventuell zu acceptiren.

△ Arnstadt. Die Reichstagswahl betr. ist zu erwähnen, daß der bisherige Abgeord. des Reichstags für das Fürstenth. Schwarzburg-Sondershausen, Herr Rechtsanw. Gustav Lipke in Berlin, in seiner öffentlichen Ansprache an die Wähler vom 14. Oktober 1884 wörtlich gesagt hat: „Die politische Lage, wie sie jetzt ist und voraussichtlich noch längere Zeit dauern wird, verbietet die Minderung unserer Wehrkraft. Ich halte die Feststellung der ungeschmälerten Präsenzstärke auf die Dauer der dreijährigen Legislaturperiode für das Richtige, halte aber die Frage, ob die Feststellung auf drei Jahre oder nochmals auf sieben Jahre erfolgen soll, für eine untergeordnete Frage, würde aber die Feststellung auf unbestimmte Zeit nie bewilligen, da das hieße, ein kostbares Verfassungsrecht aufgeben." Soweit Herr Lipke. Auf private Anfrage erklärt jetzt der gewesene Herr Reichstagsabg. Lipke dazu: „Dieser Ansicht bin ich auch heute noch. Ich würde, wenn die dreijährige Periode vom Reichstage verworfen worden wäre, dann für sieben Jahre gestimmt haben. Eine sachlich genüg ende Veranlassung aber zunächst gegen drei Jahre zu stimmen, hatte ich nicht." Und doch stimmte Herr Lipke mit Nichtern. Ein Urtheil über diese Ausrede seinen Wählern gegenüber kann man sich bilden und die Antwort darauf wird sicher das Wahlresultat ergeben.

Heer und Marine.

— Folgende Veränderungen sind beim Gardekorps eingetreten: Der Generallieutenant v. Hahnke, Kommandeur der 1. Garde-Infanterie-Brigade und beauftragt mit Wahrnehmung der Geschäfte der Kommandantur zu Potsdam, ist an Stelle des Generallieutenants von Duvel, welcher auf sein Gesuch den Abschied erhalten hat, zum Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Division ernannt; General-Major v. Witzmann, Kommandeur der 3. Garde-Infanterie-Brigade, in gleicher Eigenschaft zur 1. Garde-Infanterie-Brigade versetzt und gleichzeitig mit Wahrnehmung der Geschäfte der Kommandantur zu Potsdam beauftragt; General-Major v. Holleben, Chef des Generalstabes des Gardekorps, zum Kommandeur der 3. Garde-Infanterie-Brigade ernannt worden.

Kolonien und Reisen.

— Aus Madrid verlautet: Nach Meldungen von Sulu sollen dortige Eingeborene eine deutsche Faktorei angegriffen haben, aber zurückgeschlagen worden sein. Hierbei sollen auf deutscher Seite 3 Personen getödtet und 2 verwundet worden sein. Der Gouverneur der Philippinen hat der Garnison von Sulu Verstärkungen gesandt.

Kirche und Mission.

— Die Bromberger evangelische Kirchengemeinde hat am 21. unter großer Betheiligung der Bevölkerung und in Anwesenheit des Oberpräsidenten Grafen Zedlitz-Trützschler, sowie mehrerer Mitglieder des Posener Konsistoriums, die hundertjährige Feier der Erbauung des evangelischen Pfarrhauses durch Friedrich den Großen mit einem Festgottesdienst, einem Festmahl in der Loge und durch ein Kirchenkonzert begangen.

— Das Königliche Konsistorium in Kiel hat ein Rundschreiben an die nordschleswigschen Geistlichen betreffs ihrer Betheiligung an den Reichstagswahlen ergehen lassen. Es wird darin gesagt, das Konsistorium könne nicht wissen, ob die seiner Zeit erhobenen Beschuldigungen der Stimmen-Enthaltung in ihrem ganzen Umfange berechtigt seien; auch sei es wohl anzunehmen, daß vielleicht einzelne Geistliche thatsächlich an der Abgabe ihrer Stimme verhindert gewesen seien. Im übrigen würden die Geistlichen, die sich ohne triftigen Grund nicht zur letzten Reichstagswahl eingefunden hätten, darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn auch jede agitatorische Wirksamkeit als mit der Stellung eines Geistlichen unvereinbar bezeichnet werden müsse, doch ein deutscher Geistlicher niemals seine deutsche Gesinnung verhehlen, und vor allem nicht dieselbe mittelst Theilnahme an der Landtags- und Reichstagswahl zu Tage zu legen versäumen dürfe. Die „Flensb. Nordd. Ztg." macht darauf aufmerksam, daß das Blatt, in welches die Mittheilung über ein solches vertrauliches Zirkular zuerst ihren Weg gefunden hat, die — Kopenhagener „Nationaltidende" ist.

Halle, den 22. Januar.

(Der Abdruck unserer Lokalnachrichten ist nur mit vollständiger Quellenangabe gestattet.)

— **Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung. Montag, den 24. Januar Nachmittags 4 Uhr. Oeffentliche Sitzung.** 1) Bericht der Petitions-Kommission über die Petition Neumann, — Errichtung einer Hofmauer ohne Zahlung von Straßenausbaukosten betreffend; 2) Bewilligung der Mittel zur Verlegung des von der Blumenstraße nach der Uleestraße führenden Kanals; 3) Antrag auf Preisbewilligung für die vom ornithologischen Central-Verein für Sachsen und Thüringen beabsichtigte Ausstellung; 4) Bewilligung der Kosten für Eis- und Schneeabfuhren; 5) Antrag auf Erhöhung der Position 4, Tit. III des Hospital-Etats pro 1886/87; 6) Ueberlassung eines Terrainstreifens in der Schützengasse an den Bauunternehmer Püchel; 7) Antrag auf Preisermäßigung des Gas- und Wasserverbrauchs in der Volkskaffeeküche; 8)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870123 1-19/fragment/page=0002

Antrag auf Preisermäßigung für das in der Kanal-Reinigungsstation verbrauchte Wasser; 9) Antrag auf Beseitigung verschiedener Schlackenstein-Uebergänge; 10) Ertheilung des Zuschlags zum Pachtgebote für den Berge'schen Garten; 11) Feststellung des Etats des Wasserwerks pro 1887/88. — Geschlossene Sitzung: 12) Antrag auf Gehaltserhöhung eines Beamten; 13) Antrag auf Feststellung der Höhe der von einem Beamten zu bestellenden Kaution; 14) Verzichtleistung auf Bestellung festgesetzter Kautionen; 15) Mittheilung des in einer Verwaltungsstreitsache ergangenen Erkenntnisses.

— Dem ordentlichen Professor an der Universität zu Halle a. S., Dr. Droysen, ist die Erlaubniß zur Anlegung des ihm verliehenen Ritterkreuzes erster Klasse des Großherzoglich Sächsischen Hausordens der Wachsamkeit oder vom weißen Falken ertheilt worden.

— In hiesigen Zweigverein für wissenschaftliche Pädagogik findet die nächste Sitzung am Mittwoch, den 26. d. M., statt. Auf der Tagesordnung steht 1) Vortrag von Herrn Pein: „Ueber Begriff und erfahrungsmäßiges Fundament der Ethik" (Ziller §§ 1—3), 2) Mittheilungen über neuere päd. Erscheinungen und über die am 5. Februar in Leipzig stattfindende Zusammenkunft der Lokalvereine von Altenburg, Leipzig und Halle.

Allgemeiner deutscher Sprachverein.

Der Zweig-Verein „Halle" des allgemeinen deutschen Sprachvereins hielt gestern Abend unter Vorsitz des Herrn Berg-Hauptmann Freiherrn von der Heyden-Rynsch eine Hauptversammlung in der „Stadt Hamburg" ab, in welcher im Anschluß an die Satzungen des Hauptvereins folgende besondere für den hiesigen Zweigverein geltende Bestimmungen angenommen wurden:

1. Die Mitgliedschaft des Zweigvereins zu Halle (S.) kann von allen in dieser Stadt und deren Umgegend (Giebichenstein, Wörmlitz u. s. w.) wohnenden Personen und zwar auch von Frauen erworben werden. Sie wird erworben:
   a) durch schriftliche Beitrittserklärung oder
   b) durch mündliche Beauftragung eines Vorstandsmitgliedes zur Einzeichnung in die Liste der Mitglieder;
   c) durch Einzahlung des Mitgliederbeitrags.
2. Der jährliche Beitrag der Mitglieder wird für das Jahr 1887 auf 2 ℳ 50 ₰, für die folgenden Jahre auf 3 ℳ festgesetzt.

   Hierzu wurde erläuternd bemerkt, daß nachdem einmal der Jahresbeitrag pro 1887 mit 2 ℳ 50 ₰ bereits ausgeschrieben sei, eine Aenderung nicht wohl zu treffen sei. Dagegen werde es sich empfehlen, den Jahresbeitrag etwas höher zu greifen, da nach den allgemeinen Bestimmungen die Zweigvereine für jedes ihrer Mitglieder einen Jahresbeitrag von 2 ℳ an den Haupt-Verein abzuführen haben und für die Bestreitung der eigenen Bedürfnisse bei einem Beitrage von nur 2 ℳ 50 ₰ nicht die genügenden Mittel vorhanden sein dürften.
3. Die Leitung des Zweig-Vereins zu Halle erfolgt durch einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Vorstand, welcher alljährlich im Januar auf die Dauer eines Jahres mit einfacher Stimmenmehrheit durch Zettelabstimmung in einem Wahlgange gewählt wird. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos, welches vom Vorsitzenden der Wahlversammlung gezogen wird. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, den Schatzmeister und den Schriftführer.
4. Zur Förderung der Vereinszwecke hält der Zweigverein zu Halle im Laufe des Winters Versammlungen in angemessenen Zwischenräumen ab, in welchen geschäftliche Mittheilungen des Vorstandes entgegengenommen und Fragen, welche in das Gebiet des Sprachvereins fallen, in Vorträgen, sowie in freier Besprechung behandelt werden.
5. Diejenigen Mitglieder, welche den Zweigverein zu Halle in der Hauptversammlung des allgemeinen deutschen Sprachvereins zu vertreten haben, werden in einer im Monat September einzuberufenden Versammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt.
6. Eine Abänderung oder Ergänzung dieser Bestimmungen kann auf Antrag des Vorstandes oder von 10 Mitgliedern in einer zu diesem Zwecke anzuberaumenden Versammlung mit Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

Nach Annahme vorstehender Bestimmungen wurde zur Wahl des endgültigen Vorstandes geschritten und es wurden gewählt die Herren Berghauptmann v. d. Heyden-Rynsch, Superintendent D. Förster, Direktor Dr. Schrader, Banquier Lehmann, Oberlehrer Dr. Schulz. Der Vorstand berief zum Vorsitzenden Herrn v. d. Heyden-Rynsch, zum Stellvertreter D. Förster, zum Schatzmeister Banquier Lehmann, zum Schriftführer Dr. Schulz. Letzterer wurde beauftragt, die heute beschlossenen Bestimmungen zur Kenntniß des Vorstandes des allgemeinen deutschen Sprachvereins zu bringen und da hiermit die Tagesordnung erledigt war, wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden geschlossen.

Wir fügen unserem Berichte noch die Mittheilung bei, daß der Zweigverein zu Halle bereits 59 Mitglieder zählt und darf man wohl erwarten, daß mit einer nunmehr beginnenden regen Thätigkeit des Vereins das Interesse für dessen Sache sich auch in unserer Stadt mehr und mehr steigern wird. Der allgemeine deutsche Sprachverein besitzt eine Zeitschrift, welche seit dem 1. April 1886 zunächst in zwanglose Folge erscheint und den Mitgliedern unentgeltlich verabfolgt wird. Die uns vorliegenden ersten 7 Nummern der Zeitschrift haben einen sehr anregenden, geistlich behandelten Inhalt und weisen unter den Mitarbeitern namhafte Autoren und Gelehrte auf. So enthält unter Anderem Heft 2 an seiner Spitze einen Brief Viktor von Scheffel's in treuester Wiedergabe seiner Handschrift, vom September 1885, also nur ein halbes Jahr vor dem Tode des Dichters, in welchem derselbe den Bestrebungen des Vereins seine volle Anerkennung ausspricht. Derselbe lautet:

„Mit den Grundsätzen und Bestrebungen des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins vollkommen einverstanden, sage ich freundlichen Dank für die Zusendung Ihres Mahnrufes, kann aber erfolgreich für die Gründung eines Zweig-Vereins keine Schritte thun, da ich die meiste Zeit im Jahr meinen Wohnsitz in Rudolfzell am Untersee habe. Das alte schwäbisch allemannische Bauerndeutsch, was die Leute dortlands reden, läßt möglichst wenig Fremdwörter zu und geschrieben wird nicht Viel.

Beste und umfassendste Erfolge wünschend

J. Victor v. Scheffel.

Plenarsitzung der Handelskammer zu Halle am 14. Januar 1887.

1. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 11 Uhr und macht die Mittheilung, daß die im vorigen Monat abgehaltenen Handelskammerwahlen die Wiederwahl der auf Grund ihres Dienstalters ausscheidenden Herren Kommerz-Rath Steckner, Ernst-, Jung- und Müller-Halle; Knabe-Freyburg; Mann-Naumburg; Monski-Eilenburg und Schulze-Delitzsch, sowie die Neuwahl des Herrn Pilz-Bitterfeld ergeben haben; Letzterer ist an Stelle des im Mai vorigen Jahres freiwillig ausgetretenen Herrn Schmidt-Bitterfeld in die Kammer delegirt worden. — Der Präsident richtet an Herrn Pilz und die bisherigen Mitglieder Worte der Begrüßung. 2. Hieran schließt sich die Neubildung des Vorstandes, wobei Herr Kommerz-Rath Steckner zum ersten und Herr Karl Jung zum zweiten Präsidenten mittels Stimmzettel gewählt werden. Von den abgegebenen 20 Stimmen — ein Mitglied erschien erst nach der Wahl — hatten sich auf Herrn Kommerz-Rath Steckner 18, auf Herrn Jung 19 Stimmen vereinigt. — Die Gewählten nehmen die Wahl dankend an. Herr Kommerz-Rath Steckner mit der Erklärung, daß die hochgradige Schwäche seiner Augen ihm verbieten wurde, die Präsidialgeschäfte über die gegenwärtige Wahlperiode hinaus wahrzunehmen; er bittet das Plenum, sich im Laufe des Jahres über seinen Nachfolger zu einigen.

— Der Präsident macht den Vorschlag, die Zahl der ständigen Commissionen um eine „Landwirthschaftliche Commission" und eine „Commission für Schifffahrt" zu vermehren. Indessen hat es gemäß Beschluß des Plenums bei den bisherigen Commissionen und deren Vorsitzenden sein Bewenden. Neben den bisherigen Commissionsmitgliedern treten die Herren Hofmeister und Bourzutschky in die Verkehrscommission, Herr Knopf in die Gewerbecommission, Herr Pilz in die Handelscommission, Herr Hofmeister in die Commission für eilige Sachen ein. — Durch die wachsende Last seiner Berufsgeschäfte veranlaßt, hat Herr Reinicke, Mitglied des Centralvorstandes der Brauer- und Mälzer-Berufsgenossenschaft, den Wunsch geäußert, seines Amtes als stellvertretender Delegirter der Handelskammer zum Frankfurter Bezirkseisenbahnrath entheben zu werden. Das Plenum entspricht dem und wählt an seine Stelle Herrn Commerzienrath Steckner.

4. Der Etat der Handelskammer für 1887 wird in Einnahme und Ausgabe mit 12500 ℳ festgestellt, und zur Deckung dieser Summe die Erhebung eines Zuschlages von 7% zur Gewerbesteuer vom Handel beschlossen. Die Herren Müller und Bode übernehmen die Prüfung der Jahresrechnung.

5. Aus der Beschlußfassung über verschiedene Gegenstände ist u. A. Folgendes zu erwähnen:

a) Das Königl. Landgericht in Naumburg fragt an, ob in den Monaten April/Mai v. Js. in Halle der Preis für Maureiteine (rothe Blender) 25 ℳ bezw. 28 ℳ bezw. 30 ℳ betragen habe, oder ob die Steine in lieferbarer Qualität damals auch noch billiger zu beschaffen gewesen wären. Dem Sachverständigen der Handelskammer, Herrn Voigt-Bitterfeld, erscheinen diese Preise ganz angemein mäßig, selbst bei der Annahme, daß dieselben sich für Waare als Ziegelei verstehen, (worüber die Anfrage des Königl. Landgerichtes nichts erkennen läßt). Nach den Notirungen des Berliner Baumarktes kosteten Verblendklinker vom 9. April bis 27. Mai v. J. loco Berlin 60—75 ℳ, was einem Preise von 48—63 ℳ loco Halle entspricht. Ob die Qualität der Blender vom Käufer bemängelt worden ist, theilt das Königl. Landgericht nicht mit; zur Begutachtung derselben würde es der Vorlage von Proben bedürfen. Da jedoch obige Preise so tief unter dem Marktpreise stehen, so hält Herr Voigt eine Begutachtung für überflüssig. Das Plenum beschließt, das Königliche Landgericht dementsprechend zu bescheiden.

b) Gegenüber einem vom Verband deutscher Speiseöl-Fabrikanten beim Bundesrath gestellten Antrage; derselbe wolle beschließen, daß nur denaturirtes Baumwollsamenöl zu dem bisherigen Zollsatze für Baumwollsamenöl von 4 ℳ pro 100 Kg. eingeführt werden darf, bezeugt die Handelskammer in einer Eingabe an das Reichskanzleramt die Interessen der Seifenindustrie und beantragt, für den Fall der Einführung der Vorschrift der Denaturirung den Zoll auf 2 ℳ pro 100 Kg. zu ermäßigen. Die diesseitige Handelskammer findet keine besondere Veranlassung, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

c) Die Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg ersucht, beim Reichskanzler mit dahin vorstellig zu werden, daß der im Septbr. 1885 eingeführte Zuschlagszoll für Mineralölfässer derselbe bereits 1½ Jahre ca. 1,45 ℳ — wieder aufgehoben werde, indem die kleineren Händler vielfach nicht in der Lage seien, sich die für den Fall der Wiederausfuhr der Fässer vorgesehene Vergütung des Zolles in vollem Umfange zunutze zu machen. — Die Handelskammer hat sich mit diesem Gegenstande bereits zur Zeit der Einführung des Zuschlagszolles befaßt; derselbe wurde damals mit Rücksicht auf seine verhältnißmäßig geringe Wichtigkeit für den Handelskammerbezirk fallen gelassen. — Herrn Bergrath Bischof zufolge ist die von seitens der sächsischen Mineralölfabrikanten anläßlich gehegte Befürchtung, möchte ihnen durch den Zoll die Mineralöl-Fässer vertheuert werden, nicht eingetroffen; im Gegentheil, der Preis der Fässer sei gesunken. Hiernach sei denn auch der mit dem Zoll beabsichtigte Schutz des deutschen Böttchereigewerbes verfehlt worden, so daß der Bundesrath sich wohl veranlaßt sehen dürfte, den Zoll, der einen nennenswerthen Betrag für die Reichskasse nicht abwerfe, wieder zu beseitigen. — Nachdem noch die Herren Riedel und Hofmeister zur Sache gesprochen, wird auf Antrag des Herrn Hofmeister beschlossen, die Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg mit ihrem Rundschreiben an den Deutschen Handelstag zu verweisen.

d) Ein hiesiger Kaufmann nimmt die Vermittelung der Handelskammer in Anspruch, um eine veränderte Art der Berechnung der Giltigkeitsdauer der zweitägigen Eisenbahn-Personenfahrbillets nach der Seite hin herbeizuführen, daß die Billets ohne Rücksicht auf den Kalendertag von der Stunde ihrer Entnahme an volle 2 mal 24 Stunden in Kraft bleiben; ferner wünscht der Genannte, daß bei Zahlung von Gerichtskosten durch die Post ein minder umständliches und weniger kostspieliges Verfahren eintrete. — Was den ersteren Theil des Antrages anbelangt, so ist der Gedanke, daß allen Fahrgästen für gleiches Geld gleiche Rechte zustehen sollen, an sich ganz richtig und in den verschiedenen Bezirkseisenbahnräthen auch bereits wiederholt erörtert worden. Die Ausführung desselben scheiterte bisher an den Schwierigkeiten der Billet-Kontrolle. Unter diesen Umständen kann die Handelskammer in der Sache nichts thun. — Theil 2 des Antrages wird der Handelskammer zu überweisen; ebenso die folgende Angelegenheit: Der Kaufmännische Verein hierselbst äußerte den Wunsch, daß den hiesigen Geschäftsleuten die Brief- und Muster-Frühpost bereits um 6 bezw. (im Winter) um 7 Uhr zugänglich gemacht werde, eventuell dadurch, daß im Postgebäude Karten angebracht werden, aus denen die Adressaten sich ihre Postsachen selber entnehmen können. Die Kaiserliche Oberpostdirektion hierselbst hat den betr. Antrag der Handelskammer abschläglich beschieden.

e) Die Handels- und Gewerbekammer zu München leitet aus der im vorigen Jahre vorgenommenen Abänderung des Telegraphengebührentarifs eine Belastung des Publikums her und tritt bei dem Bayerischen Staatsministerium für die Wiederherstellung der früheren Tarifsätze ein. Dem hält die Berliner Kaufmannschaft in ihrem letzten Korrespondenzblatte entgegen, daß im Depeschenverkehr der Berliner Börse die von der Münchener Kammer geltend gemachte Thatsache nicht beobachtet worden sei. Da die hiesige Handelskammer sich von den Bestrebungen der Münchener Kammer einen Erfolg nicht versprechen kann, so lehnt sie es ab, sich derselben mit einer Eingabe an die Landesregierung anzuschließen.

f) Eine Hamburger Firma macht den Vorschlag, die Besorgung des Sammelladungsverkehrs von den Spediteuren auf die Güterexpeditionen übertragen zu lassen, da unter den bestehenden Verhältnissen der Vortheil aus dieser gemeinnützigen Einrichtung fast ganz den Spediteuren zufließe. — Herr Stadtrath Ernst kennzeichnet die Tendenz dieses Vorschlages als dahingehend, durch Frachterparnisse Hamburg wieder einen größeren Antheil an dem Güterverkehr aus Deutschland nach Ungarn zuzuführen; infolge Einführung eines neuen Verbandtarifs Antwerpen-Budapest habe Antwerpen die nach Ungarn zu verladenden Güter an sich gezogen. Für die Verwirklichung des Vorschlages seien nur geringe Aussichten vorhanden. Seit Jahren strebe der Handelsstand die Bildung einer 2. Stückgutklasse an, wobei der Herr Verkehrsminister sich entgegenkommend verhalte. Mit der Einführung des Tarifschemas der siebziger Jahre (Allgemeine Wagenladungsklassen, Spezialtarife, Ausnahmetarife, Stückgut) habe sich die Stückgutverfrachtung mancher Artikel gegen früher um 50 Proz. und mehr vertheuert was besonders von den rheinisch-westfälischen Kohlenexporteuren, welche zahlreiche kleine Kolli versenden, drückend empfunden werde. Mit Rücksicht hierauf beantragt Herr Ernst Uebergang zur Tagesordnung. Das Plenum schließt sich dem an.

g) Die Handelskammer zu Braunschweig sucht im Interesse der Aktiengesellschaften und ihrer Organe, auf eine sachliche Interpretation dessen, was unter „Anschaffungs- und Herstellungspreis" im Sinne des Art. 185 a, Pos. 1 u. 2 der Aktiennovelle vom 18. Juli 1884 zu verstehen sei, hinzuwirken. — Zu Beginn auf die Aufstellung der Bilanz einer Aktiengesellschaft hat eine Entscheidung des Königlichen Landgerichts zu Berlin entschieden, daß unter Herstellungspreis nur die unmittelbar zur Herstellung der Waaren verwendeten Materialien, Arbeitslohn und auf dem Fabrikate (z. B. Bier, Spiritus) als solchem etwa ruhenden Steuern im Gegensatz zu den unmittelbar zu diesem Zwecke dienenden Anlagen, Geräthschaften und Kapitalien zu verstehen seien.

Hierdurch angeregt, hat die Handelskammer zu Braunschweig eine einschlägige Definition vom kaufmännischen Standpunkte aus abgefaßt, worüber dieselbe sich eine Aeußerung der Handelskammern an den Deutschen Handelstag erbittet. — Den Mitgliedern hiesiger Handelskammer ist die Braunschweiger Erklärung vor der Sitzung im Abdruck zugänglich gemacht worden. Dieselbe lautet:

Als Anschaffungspreis einer Waare sind alle diejenigen Kosten zu verstehen, welche nothwendigerweise zur Beschaffung derselben bis an den Ort ihrer Bilanz-Aufnahme verausgabt werden müssen. — Als Herstellungspreis der fabrizirten Waare sind zu verstehen die Speziallöhne (Accord- und Stücklöhne) und die allgemeinen Löhne (Tagelöhne), die Gehälter der die Fabrikation leitenden Beamten, das direkt und indirekt verwendete Material und ferner diejenigen Fabrikationskosten, die ausschließlich durch die Fabrikation der Waare entstanden sind. Außerdem noch eine entsprechende Rate für Abnutzung der dazu verwendeten Werkzeuge und maschinellen Einrichtung. Ausgeschlossen dagegen sind alle Unkosten, die durch den Verkauf der Waare veranlaßt werden, sowie Zinsen auf Anlage-Kapital, auf die zur Fabrikation oder zum Vertriebe dienenden Einrichtungen, Gebäude und dergleichen. — Diejenigen Kosten, welche sich nicht für das einzelne Stück Waare direkt ermitteln lassen, weil sie zur Erzeugung der Gesammt-Produktion dienen, dürfen in einem rationellen Prozentsatze auf den Werth des einzelnen Stückes demselben hinzugerechnet werden. — Die im Gesetz unter 185 a, 4 bezeichneten Kosten der Verwaltung (gemeiniglich unter dem Ausdrucke „Geschäfts-Unkosten" verstanden), die nicht als Bestand aufgeführt werden dürfen, sondern jährlich abgeschrieben werden müssen, sind mit den als Fabrikations-Kosten bezeichneten nicht identisch.

Herr Kommerzienrath Steckner hält eine generelle Auslegung der in Rede stehenden Ausdrücke nicht für unbedingt erforderlich, indem nach seiner Ansicht den Aktiengesellschaften, wenn sie bei Aufstellung der Bilanz reell und sachlich zu Werke gehen, von Gerichtswegen nichts anzuhaben ist. Auch könne auf den Richter ein Druck zur Anerkennung dieser kaufmännischen Interpretation nicht geübt werden. — Herr Riedel erachtet die Angelegenheit für wichtig genug, um sie eingehender zu erwägen. Augenscheinlich habe der Gesetzgeber durch den Hinweis auf die Herstellungs- bezw. Anschaffungskosten verhindern wollen, daß bei der Schätzung des Werthes des Waarenlagers ein Fabrikations- oder Handelsgewinn mit veranschlagt und die Bilanz dadurch künstlich erhöht werde. Bei der großen Verschiedenartigkeit der Fabrikationsverhältnisse sei es dem Richter überlassen worden, den Begriff der Herstellungs- oder Anschaffungskosten im konkreten Falle zu umkreisen. Daß dieses Verfahren nicht unzweckmäßig sei, beweise der Braunschweiger Erklärungsversuch, welcher ungenügend ausgefallen sei, indem derselbe nicht sämmtliche thatsächlich vorkommenden Fabrikationskosten berücksichtige. — Die Handelskammer sieht sich veranlaßt, die Herren Riedel, Bethcke und Kommerzienrath Steckner mit der Erledigung dieser Sache zu beauftragen.

Herr Bethcke bringt noch einige Gegenstände zur Sprache, über welche in der nächsten Sitzung des Ausschusses des Deutschen Handelstages verhandelt werden wird (öffentlicher Lagerhausverkehr und Anwendung des Landestitempels bei Kauf- und Lieferungsgeschäften).

Zur Fortführung der Berathungen über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag werden die Herren Bergrath Bischof, Mann und Voigt am 19. d. Mts. zusammentreten.

Todesfälle.

— Der Abgeordnete Schmidt (Stettin) ist am 21. d. in Berlin verstorben. Theodor Schmidt, 1817 geboren, wurde zuerst 1861 von dem Wahlkreise Randow-Greifenhagen in das Abgeordnetenhaus gewählt und hat Ende vorigen Jahres unter Theilnahme weiter Kreise sein 25jähriges parlamentarisches Jubiläum gefeiert. Er war auch mannigfach schriftstellerisch thätig, verfaßte u. A. eine „Geschichte des Handels und der Schifffahrt Stettins" und redigirte früher die „Baltischen Studien", das Organ der Gesellschaft für pommersche Geschichte und Alterthumskunde.

Gesundheitspflege und Aerztliches.

Laut in Bern eingetroffenen zuverlässigen Mittheilungen ist jetzt in sämmtlichen Gebieten der argentinischen Republik die Cholera ausgebrochen und hat derartige Dimensionen angenommen, daß der schweizerische Bundesrath, zumal in Argentinien gegenwärtig Sommer ist, zur Zeit vor der Auswanderung nach diesem Lande zu warnen sich veranlaßt sieht.

Industrie und Handel.

— Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten hat jetzt, wie die „Köln. Ztg." mittheilt, endgültig die Eisenbahndirektion Berlin angewiesen, wegen der von hier Ende vorigen Monats ausgeschriebenen Lieferung von Stahlschienen und Eisenbahnmaterial nicht mit den englischen, sondern mit den ver-

[Nachdruck verboten.]

Hallesches Stadt-Theater.

Sonnabend, den 22. Januar. Beginn 7½ Uhr Abends.
77. Abonnements-Vorstellung. (Weiße Karten.)

Fest-Vorstellung
zur Feier von Gotthold Ephraim Lessing's Geburtstag:

„Emilia Galotti".

Trauerspiel in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.

Emilia Galotti	Marie Burschian.
Odoardo Galotti, Eltern der Emilia	Albert Patry.
Claudia Galotti, Eltern der Emilia	Clara Ungar.
Hettore Gonzaga, Prinz von Guastalla	M. Lützenkirchen.
Marinelli, Kammerherr des Prinzen	Adolf Müller.
Camillo Rota, einer von des Prinzen Räthen	Carl Friebau.
Conti, Maler	Eugen Mauthner.
Graf Appiani	Arthur Bauer.
Gräfin Orsina	Julia Behre.
Angelo	Fritz Kugelberg.
Bediente	Gustav Schwab.
	Josef Hertka.

Nach dem 1. und 2. Akte größere Pausen.

Zum Schluß der Vorstellung: **Großes lebendes Gruppenbild** aus den Hauptwerken Gotthold Ephraim Lessing's: „Nathan der Weise", „Minna v. Barnhelm", „Miß Sara Sampson" ꝛc.

Haupt-Dekoration: Die Laokoon-Gruppe aus dem Atelier des Hoftheater-Malers Kautsky in Wien.

Abgeändertes Repertoire: Sonntag Nachm. 3½ Uhr: „Goldene Spinne" (halbe Preise). Abends 7 Uhr: „Die Walküre" (0); Montag: „Die Jungfrau von Orleans"; Dienstag: „Die Entführung aus dem Serail".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870123 1-19/fragment/page=0003

schiedenen betheiligten deutschen Werken abzuschließen, wobei diese allerdings ihre Preise denjenigen der niedrigeren englischen Anerbietungen gleich zu stellen haben. Die Behauptung einzelner Blätter, die Engländer hätten die deutschen Werke bei dieser einen Lieferung um 420000 Mark unterboten, entbehrt jeder thatsächlichen Begründung. Die Berechnung der einzelnen Preisunterschiede war mit Rücksicht auf die verschiedenartigsten Ablieferungsstellen sehr verwickelt und ist von der Eisenbahndirection Berlin erst Anfangs voriger Woche zum Abschluß gekommen. Sie hat ergeben, daß zum großen Theile nur ganz geringe Preisunterschiede vorhanden waren und die deutschen Werke haben sich sofort bereit erklärt, diese Unterschiede auszugleichen. Somit ist diese erhebliche Arbeitsmenge für die deutschen Werke gerettet worden.

— Auch an der gestrigen Berliner Börse gingen die Kurse zurück, und wiederum wurde das mit politischen Nachrichten in Zusammenhang gebracht. Das „Berl. T." schreibt: Wir haben uns an dieser Stelle nicht mit den politischen Nachrichten zu beschäftigen und wollen uns auch jeder Prognose betreffs der Politik hier enthalten. Auch ist es ernstlich nicht möglich, etwas Bestimmteres darüber zu sagen, ob an der Börse demnächst eine Erholung bevorsteht, oder neue Rückgänge zu erwarten sind. Für die Richtung, welche die Kurse weiter einschlagen dürften, werden außer der Politik noch eine Reihe anderweitiger Faktoren von bestimmendem Einfluß sein. — An der gestrigen Börse schenkte man übrigens dem Umstande, daß ein erstes dortiges Bankhaus auf einer Reihe von Märkten als Abgeber auftrat, eine besondere Aufmerksamkeit.

— Der in Halle seit 1864 bestehende sogenannte Börsenverein, welcher, ohne eine legale Existenz zu haben, eine Produktenbörse abhält, hat um ministerielle Genehmigung der Börse nachgesucht. Diesem Ansuchen soll entsprochen werden, wenn entweder die Leitung der Börse der Handelskammer übertragen, oder eine von den Mitgliedern der Börsenversammlung zu wählende Kommission mit der Leitung der Börse (unter Aufsicht des Regierungspräsidenten) betraut wird. Der Börsenvorstand hat sich für letzteres entschieden. Ein bezüglicher Statutenentwurf wird der auf den 10. Februar einberufenen Börsenversammlung zur Genehmigung vorgelegt.

Schiffsverkehr.

— London, 21. Januar. Der Union-Dampfer „Pretoria" ist auf der Ausreise gestern in Capetown angegangen. — London, 21. Januar. Der Castle-Dampfer „Dumbur-Castle" ist am Mittwoch auf der Heimreise von Capetown abgegangen.

— Aachen, 21. Januar. Die englische Post vom 20. Januar Morgens ist ausgeblieben. Grund: Schiff ist in Ostende wegen Nebel nicht herangekommen.

— Hamburg, 21. Januar. Der Dampfer „Massalia" von der deutschen Dampfschiffs-Rhederei, welcher am 10. d. M. von Hamburg nach Ostindien abging, ist bei dem Cap Tarragan gestrandet. Der Vorder- und der Mittelraum des Schiffes sind voll Wasser.

Marktberichte.

Magdeburg, 21. Januar. (für 50 kg) Granulatedzucker incl. ℳ 24,25—24,50. Krystallzucker I., über 98% ℳ 24,00, do. II. über 98% ℳ 23,00, Kornzucker, exclusive, von 97% ℳ —,—. do. do. von 96% ℳ 20,10—20,35, do. do. von 95% ℳ —,—. do. do. 88° Rendem. ℳ 19,15—19,35. Rohprodukte, excl. 88/92% —,—. do. do. 75° Rendem. ℳ 15,50—17,0. (Bei Posten aus erster Hand:) Raffinade, fein, excl. Faß ℳ 26,00, do. fein ℳ 25,75—26,00, Melis, fiem. ℳ 25,25—25,50, do. mittel —,—. do. ordinär ℳ —,—. Würfelzucker, I., incl. Kiste ℳ 30,00, do. II., ℳ 25,50—26,00, Gem. Raffinade I., ℳ incl. Faß ℳ 27,00, do. II. ℳ 24,25—25,25, Gem. Melis I., ℳ 23,50, do. II., ℳ 23,00, Farin ℳ 20,75—22,75, Melasse ℳ —,—, do. II., —,—.

Kartoffelspiritus für 10,000 l=% loco ohne Faß 37,10—37,40 ℳ.

Magdeburg, 21. Januar. Landweizen 162—166 ℳ, Weißweizen 160—163 ℳ, glatter englischer Weizen 155—160 ℳ, Raubweizen 147—153 ℳ, Roggen 132—135 ℳ, Chevaliergerste 158—188 ℳ, Landgerste 140—150 ℳ, Hafer 120—127 ℳ für 1000 kg.

Berlin, 21. Januar. Weizen per 1000 Kilogr. loco geschäftslos. Termine fester, gek. — Ctr.. Kündigungspreis — ℳ bez., Loco 150—174 ℳ nach Qual. bez., gelbe Lieferungsqual. 163,0 ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Januar-Februar — ℳ bez., per April-Mai 165,5—165,75 ℳ bez., per Mai-Juni 167,25 bis 167,50—167,25 ℳ bez., per Juni-Juli 168,75 ℳ bez., per Juli-August — ℳ bez., per Sept.-Oktober — ℳ bez. — Roggen per 1000 Kilogr. loco behauptet, Termine fester, gekündigt 1000 Ctr., Kündigungspreis 132 ℳ bez., Loco 127—133 ℳ nach Qualität bez., Lieferungsqualität 131,0 ℳ bez., russischer — ℳ bez., inländischer 130—131 ℳ ab Bahn bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Januar-Februar — ℳ bez., per März-April — ℳ bez. per April-Mai 132,25—132,5 ℳ bez., per Mai-Juni 132,75 ℳ bez., per Juni-Juli 133,25—133,5 ℳ bez., per September-Oktober 135,5—136—135,75 ℳ bez. — Gerste per 1000 Kilogr. still, große und kleine 112—190 ℳ nach Qualität bez. — Hafer per 1000 Kilogr. loco unverändert, Termine ohne Umsatz, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., loco 109—146 ℳ nach Qualität bez., Lieferungsqualität 111 ℳ bez., pommerscher, mittel 128—124 ℳ bez., guter 127 ℳ ab Bahn bez., feiner — ℳ bez., preußischer mittel — ℳ bez., guter 126 ℳ bez., feiner — ℳ bez., russischer — ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 111,5 ℳ nom., per April-Mai-Juni 113 ℳ nom., per Juni-Juli 115 ℳ nom., per Juli-August — ℳ bez. — Mais per 1000 Kilogr. loco fest, Termine — gek. — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., Loco 108—118 ℳ nach Qualität, per diesen Monat 112,5 ℳ nom., per April-Mai — ℳ bez., Mai-Juni — ℳ bez., Juli-Aug. — ℳ bez. — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 150—200 ℳ bez., Futterwaare 124 bis 132 ℳ nach Qualität bez. — Oelsaaten per 1000 Kilogr., gekündigt — Ctr., Winterraps — ℳ bez., Sommerraps — ℳ bez., Winterrübsen — ℳ bez., Sommerrübsen — ℳ bez. — Rüböl per 100 Kilogr. mit Faß, Termine matter, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., loco mit Faß — ℳ bez., loco ohne Faß — ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Januar-Februar — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 45,8 — ℳ bez., per Mai-Juni 46,1 ℳ bez. — Leinöl per 100 Kilogr. — loco — ℳ bez., Lieferung — ℳ bez. — Spiritus per 100 Liter à 100% — 10000% Liter, Termine etwas fester, gekündigt — Liter, Kündigungspreis — ℳ bez., loco mit Faß — ℳ bez., per diesen Monat und per Januar-Februar 37,5—37,6 bis 37,5 ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 38,5—38,6—38,5 ℳ bez., per Mai-Juni 38,8—38,9—38,8 ℳ bez., per Juni-Juli 39,5—39,6—39,5 ℳ bez., per Juli-August 40,1—40,2—40,1 ℳ bez., per August-September 40,7—40,8—40,7 ℳ bez. — Spiritus per 100 Liter à 100% — 10000% loco ohne Faß 37,5 ℳ bez.

Weizenmehl Nr. 00 23,50—22,00, Nr. 0 21,75—19,75 ℳ bez., feine Marken über Notiz bez. — Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogr. unversteuert incl. Sack fester, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez. per diesen Monat und per Januar-Februar 17,70 ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 17,90 ℳ bez., per Mai-Juni — ℳ bez., per Juni-Juli — ℳ bez.

Amsterdam, 21. Januar. Weizen auf Termine unverändert, per Mai 228. — Roggen loco fester, auf Termine unverändert, per März 128, per Mai 130 à 131. — Rüböl loco 23, per Mai 23½, per Dezember —.

London, 11. Januar. (Anfangsbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 58 000, Gerste 7400, Hafer 46 400 Qrt. Sämmtliche Getreidearten ruhig, Weizen und Mehl träge, Gerste, Hafer u. Mais stetig. — (Schlußbericht.) Weizen 58040, Gerste 7440, Hafer 46420 Qrt. Sämmtliche Getreidearten ruhig, englischer Weizen 1 Sh. niedriger als letzten Montag, fremder sehr träge, schwer verkäuflich, Mehl träge, Mais ¼ Sh. niedriger als vorige Woche.

Liverpool, 21. Januar. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 B. Ruhig. — Tagesimport 11,000 B. — (Schlußbericht.) Umsatz 8000 B., davon für Spekulation und Export 500 B. Ruhig Middl. amerikanische Lieferung: Juli-August $5^{13}/_{64}$ Verkäuferpreis. — (Weitere Meldung.) Egyptian brown fair $6^{1}/_{16}$, do. good fair $6^{9}/_{16}$. Bengals $^{1}/_{16}$ niedriger.

Börsennachrichten.

Berlin, 21. Januar. Politische Befürchtungen verstimmten jetzt fast durchweg die Börsen. Ebenso flau wie Frankfurt und Wien heute meldeten, begann auch die hiesige Börse. Im weiteren Verlaufe beruhigte sich die Haltung zwar etwas; das Geschäft konnte sich aber nicht beleben.

Wasserstand der Saale bei Halle an der Königl. Schiffschleuse bei Trotha am 21. Januar Abends am neuen Unterhaupt 1,80, am 22. Januar Morgens am neuen Unterhaupt 1,80 Meter.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 21. Januar. Die Berathung über ein Verbot der Pferde-Ausfuhr ist in Folge von bedeutenden Pferde-Ankäufen in Westphalen und Mecklenburg in der nächsten Woche im Bundesrathe zu erwarten.

Darmstadt, 21. Januar. Alexander von Battenberg reist zunächst nach Italien. Ob er nach Egypten geht, ist noch unsicher.

Paris, 21. Januar. Rochefort fordert Boulanger zu einem Staatsstreich auf. Die „Rep. française" verlangt, Boulanger solle den Artikel Rocheforts brandmarken. Die orleanistische Presse verlangt die sofortige Beseitigung Boulangers.

London, 21. Januar. Nach einer Meldung aus Melbourne ist daselbst ein neuer Komet von außergewöhnlicher Größe sichtbar geworden.

— Halle. Der nationalliberale Verein hat, wie wir hören, gestern beschlossen, mit den Konservativen zusammen den Oberbergrath Täglichsbeck als Kandidaten aufzustellen. — Die Freisinnigen bleiben bei Meyer.

Verlag der Aktiengesellschaft „Hallische Zeitung" zu Halle.
Verantwortlich für Politik u. Feuilleton Dr. Richard Hamel, für Lokales und Provinz Dr. Ewald Schulze, beide zu Halle.

Hallischer Tages-Kalender.

Sonntag, den 23. Januar:

Museum der Provinz Sachsen für heimathl. Geschichte u. Alterthumskunde: unentgeltlich geöffnet Sonntag, Dienstag u. Donnerstag v. 11—1 Uhr in der ehemal. Residenz, Domgasse 5. — **Städtische Kunstsammlung** im Aschamt (gr. Berlin), von 10 bis 6 Uhr. — **Volksbibliothek:** Bm. von 11—12 geöffnet im Rathhaus. — **Kaufmänn. Verein:** Bm. 11 Vorstandssitzung. — **Katholischer Gesellenverein:** Ab. von 8—10 im Restaurant „Reichskanzler." — **Kaufm. Verein „Frohsinn":** Ab. 8 im Hotel und Café David". — **Verein Freundschaftsbund:** Ab. 8 im „Reichskanzler." — Gesangverein **Helena**" im Forsthaus: 8 Uhr Gesellschaftsabend. — **Turnverein „Alle"**:, Vereinsabend mit Damen in Wilke's Restaurant, kl. Klausstr. 8.

Montag, den 24. Januar:

Königl. Universitäts-Bibliothek: (Friedrichstraße) Geöffnet bis auf Weiteres von 8—1 Vorm. In den letzten zwei Dienststunden Ausleihen von Büchern u. Abgabe derselben. — **Bibliothek u. Lesezimmer der Kaiserl. Leopold.-Carol. Academie der Naturforscher**, geöffnet Nr. von 3—6 im Gebäude der Königlichen Universitäts-Klinik am Lampplatz. — **Stadtverordneten-Versammlung:** Nachm. 4 im Sitzungs-Saale. **Börsenversammlung:** Vormittags 8 Uhr im Börsengebäude gr. Berlin 13. — **Patentschriften-Lesezimmer:** Magdeburgerstr. 4, 1 Treppe hoch, geöffnet von 8—12 Uhr Vorm. und von 2—6 Uhr Nachmittag. — **Polytechnischer Verein:** Ab. 7—9½ Bibliothek u. Lesezimmer im „Kronprinz". — **Verein ehemal. „36 ger":** Abds. 8 in der „Stadt Magdeburg", Martinsgasse 10. — **Turnverein:** Ab. 8—10 Uebungsstunde in der städtischen Turnhalle. — **Turnverein „Alle"** Abends 8½ Uebung in der Turnhalle, Taubenstr. 12. — **Thiemescher Gesangverein:** Abds. 7 Uebung für Damen, Ab. 8 für Herren in der „Dresdener Bierhalle". — **Schachklub:** Abds. 8 in der Franzäkaner-Halle, gr. Märkerstr. — **Hotel Stadt Berlin:** Schachabend — **Hallesches Volksbad, Leipzigerstr. Nr. 6.:** geöffnet von Vorm. 8 bis Abends 9 Uhr. — **Rich- und Waageaml:** großer Berlin 16a). Wochentags von 8—12 Uhr Mittags und 2—6 Uhr Abends. — **Botanischer Garten:** (gr. Wallstr. 23). Wochentags 6—12 und 1—6 Uhr. — **Städtische Anstalt für Arbeitsnachweisung.** Inspektor Merten, Arbeitsanstalt. — **Verpflegungsstation** I. für fremde Reisende: ebendaselbst. — **Herberge zur Heimath:** Mauergasse 6b. — **Schn ider-Innung** im Restaurant zum „Feldschlößchen", Abends 8 Uhr Vortrag und Statutenberathung. — **Dom-Kirchenchor**, Ab 7 Uhr Uebung in Wilke's Restaurant, kl. Klausstr. 8.

Berliner Börse v. 21. Januar.

Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	105,90bz B
Preuß. consol. Staats-Anleihe	4	106,00 B
do. do.	3½	101,30 B
do. Staatsschuldscheine	3½	100,00 G
do. Staats-Prämi.-Anl.	3½	141,10bz
Berliner	5	118,10 G
do.	4½	110,00 G
do.	4	105,00 G
Kur- und Neumärkische	4	101,50bz
Ländsch. Centr.-Pfandb.	4	101,60bz
do. do. do.	3½	99,80bz
Ostpreußische	4	99,90 B
Pommersche	4	101,50bz B
Posensche, neue . . .	4	102,40 B
Westpreußische . . .	4	— —
do. Rentenb. . . .	4	— —
Kur- und Neumärkische	4	104,10bz
Pommersche	4	104,10bz
Preußische	4	104,10bz
Schlesische	4	104,10bz
Schlesische	4	104,10bz
Russische, 1862 bl. L. Mt. p.	fr.	95,10bz
Lstn-Mindl. Prämienscheine	3½	130,00bz B
Sächsische Renten von 75	3	92,50bz
do. landsm. Pfandbr.	4	103,10bz

Ausländische Fonds.

Oesterr. Silberrente . .	4½	66,10bz B
do. Papierrente . . .	5	64,40bz
do. Goldrente	4	89,90bz B
Rust.-Engl. Anleihe von 76 bis 73	5	—
do. von 75	4½	89,60 B
Russische von 80 . . .	5	87,10bz B
do. 1. Orient	5	57,90bz
do. Prämien 64 . . .	5	141,25bz
do. Prämien 66 . . .	5	134,25bz
Poln. Pfandbr. 5% Pr.	5	92,75bz B
do. Ctr.-Pfd.-Crd.-Pfdbr.	5	86,25bz
Rumänier	5	100,7 bz
Ungar. Gt.-Eisenbahn-Anl.	5	100,80 B
do. Ofthalm II. Em.	5	—
do. Goldrente	4	81,20bz
Serbische Rente . . .	5	80,00 B

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.

Dividende	1885	1886
Aachen-Mastricht . . .	2½	— 83,00bz
Berlin-Anhalter	0	— 102,70bz
do. do. Lit. B. . . .	0	— 52,70bz
Bergisch-Märkische . . .	7½	— 137,60bz
Berlin-Dresdener . . .	0	— 81,10bz
Berlin-Görlitzer Bahnhofs .	3½	— 98,80bz
Bonn-Cöln	3½	— 94,70bz
Chemnitz-Riesa	4½	— 141,50bz
Chemnitz-Riesa Lit. B. .	0	— 104,75bz
Cöln-Mind. St.-A. . . .	7½	— 155,40bz
Dux-Bodenbach	0	— 35,10bz
Elbthalbahn	4½	— 106,50 B
Erfurt-Sorau	0	— —
Gotha-Leipzig	0	— —
Halle-Sorau-Guben . . .	0	— —
Hannover-Altenbeken . .	0	— —
Kaschau-Oderberg . . .	5	— 70,10bz
Kiel-Altona	5	— 100,40 B
Lübeck-Büchen	5	— 102,75bz B
Lübeck-Hamburg	0	— 102,75bz B
Mainz-Ludwigshafen . . .	4	— 102,40bz
Marienburg-Mlawka . . .	0	— 52,75bz B
Marienburg-Mlawka St.-A.	0	— 102,75bz B
Ostbahn	4½	— 102,90bz
Rechte Oder-Ufer I. St. .	4	— 102,60 B
Rechte Oder-Ufer II. St. .	4	— 102,60 B
Rheinische	4	— 102,50 B
Rhein-Nahe	0	— —
Stargard-Posen	0	— —
Thüringer I. St. Lit. A. .	4	— 102,50 B
do. II. IV. V. VI. St. .	4	— 102,50 B
Weimar-Gera	4	— 101,50 B
Gernebahn	4	— 102,00 B

Dividende	1885	1886
Warschau-Wien Mt. per St.	13½	— 291,75bz
Weimar-Gera (4½% gar.)	4½	— 24 90bz
Weimar-Gera St.-P. . .	2½	— 96,50 B
Werra-Bahn.	2½	— 81,00bz

Deutsche Eisenbahn-Priorität-Obligationen.

Aachen-Mastricht . . .	4	102,40 B
Bergisch-Märk. I. u. II. St.	4	—
do. IV. u. V. Ser. . .	4	102,70 B
do. VII. Ser. conv. . .	4	102,75bz G
do. VIII. Ser. . . .	4	102,90 B
do. IX. S. (v. 85 fündb.)	4	102,90 B
do. Hessische Nordbahn	4	102,70 B
Berlin-Anhalter I. u. II. Em.		
do. Lit. B. . . .	4	—
Berlin-Dresden (gar.) . .	4½	103,50 G
Berlin-Görlitzer conv. und		
do. Lit. B. . . .	4	—
Berlin-Hamburg I. u. II. Em.	4	—
do. III. Em. conv. .	4	—
Berl.-Potsd.-Magd. A. B. C.	4	—
do. Lit. D. u. E. . .	4	102,50 G
Berlin-Stettin II. III. u. VI. G.	4	102,80 B
Breslau-Freiburg. Lit. D. bis K.	4	102,10bz B
do. von 1876	5	102,6 B
do. von 1879	5	—
Cöln-Mind. II. III. IV. Em.	4	102,80bz
do. VI. Em. Lit. B.	4	102,90bz
do. VII. Em. . . .	4	102,90 B
Halle-Sorau-Guben . . .	4	— —
Märkisch-Posen	4	— —
Magdeburg-Halberstadt . .	4	102,50 G
do. Leipzig Lit. A.	4½	105,00 G
do. do. Lit. B.	4½	102,75bz G
do. Wittenberge	3	92,50 B
Mainz-Ludw. conv. . .	4	102,40bz
Niederschles.-Märk. I. Ser.	4	102,50 G
do. II. Ser. . . .	4	—
do. Obl. I. u. II. Ser.	4	102,50 G
Nordhausen-Erfurt . . .	4½	104,50 B
do. do. . . .	4	—
Oberschl. Lit. E. (gar.) .	3½	100,40 B
do. Lit. F. u. G. . .	4	102,75bz G
do. Lit. H. (4% gar.)	4	102,75bz G
do. Em. von 79	4½	107,00 B
do. Em. von 80	4½	102,70 B
Ostpreuß. Südbahn . . .	4½	—
Rechte Oder-Ufer I. St. .	4	102,60 B
do. do. II. St. . .	4	102,50 G
Rheinische	4	—
do. 69, 71, 72 conv. .	4	102,50 B
Thüringer II. III. IV. Ser. .	4	—
do. II. IV. V. u. VI. St.	4	102,50 G
Weimar-Gera	4	101,50 G
Gernebahn	4	102,00 B

Ausländische Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Böhmische Nordbahn . . .	4	101,00 B
Dux-Bodenbach II. Em. . .	5	83,20 G
do. III. Em. (in Gulden.)	5	106,75 G
Dux-Prag I. Em. . . .	5	107,00 B
Gal.-Carl-Ludwigb. (gar.)	4½	80,20 bz
Kaschau-Oderberg (gar.) .	5	81,00 bz
do Gold-Prior. gar.	5	101,80 bz

Oesterr. Staatsbahn gar.	3	402,00 bz
do. Ergänz. v. 1874	3	388,75 B
do. Ergänz.-Netz gar.	3	385,00 B
Oesterr. Nordwestbahn gar.	5	84,75 bz
do. do. (Lit. B.)	5	83,10 B
do. do. (Gold-Pr.)	5	107,50bz G
Oesterr.-Böhm. (2fr. Steuer)	3	317,10 G
do. do. (Lit. A.)	5	104,60 bz
Reichenb.-Pard. (Gold-Pr.)	5	104,75 B
Ungar. Nordostbahn gar.	5	—
do. Goldprioriät. gar.	5	102,00 B
do. Ofb. I. Em. . .	5	79,10bz G
do. II. Em. . .	5	100,75 B
Charkow-Azow gar. . .	5	150,25bz
Große Russische gar. . .	3	—
Jelez-Orel gar. . . .	5	97,75bz G
Jelez-Woroneth gar. . .	5	99,90bz
Kursk-Kiew gar. . . .	5	101,60bz G
Moskau-Rjäsan gar. . .	5	99,60 B
Transkaukasi. gar. . . .	3	66,10bz
Warschau-Wiener IV. V. u.		
VI. Em. . .	5	102,75 G
Gotthardbahn IV. Ser. .	5	106,10 B

Bank-, Hypotheken- und Creditbank-Actien.

Zinsen à 4% ab ½, ausgenommen Reichsbank (4½%).

Dividende	1885	1886
Berliner Handels-Ges. . .	8	— 156,7 bz
Braunschweig-Hannover .	4	— 90,50 B
Braunschweiger Bank . .	6	— 120,00 bz
do. per ult. . . .	6½	— 136,70 bz
Deutsche Bank	9	— 162,50 bz
do. per ult. . . .	9	— 163,50 bz
Deutsche Genossenschf.-Bank	6⅔	— 132,75 G
Disconto-Gesellschaft . .	11	— 200,10 bz
Dresdener Bank . . .	7	— 132,25 B
Dresdener Bank . . .	7½	— 131,50 bz
Effect.-Makler. (50% G.)	6,65	— 101,10 G
Geisner Gewerbebank-Bank	9	— 66,40 bz
do. junge (40% G.) .	9	— 81,10 G
Leipziger Credit-Anstalt .	9	— 170,25 B
Magdeburger Bankverein .	5	— 102,50 G
do. Privatbank . .	5½	— 114,90 B
Mainzer Bank	5	— 100 40 bz
Nationalb. f. D. (50% G.)	7	— 92,25 B
Oesterr. Credit (Mt. p. St.)	8⅔	— 481 00 bz
Preuß. Bodencredit-Bank	5½	— 104,00 bz
do. do. Lit. B. (G.)	8½	— 132,25 B
do. (Ges.-B. Spielh.) .	5	— 104 15 G
Reichsbank	6,54	— 138,50 bz
Sächsische Bank	5½	— 111,25 G
Weimarische Bank . . .	5	— 65,00 B

Hypotheken-Certificate.

Anhalter Landesbank . . .	5	101,20 B
Braunschweig-Hannover . .	4	102,10 G
do.	4	—
Deutsche Hyp.-B. Berlin	4	102,30 B
do.	4	102,20 B
Gothaer Prämien I. Abth.	3½	106,70 bz
do. do. II. Abth.	3½	104,20 B
do. rückg. m. 110	3½	97,00 G
Meininger Prämien . . .	4	24,50 B
Preuß. Bd. unf. rückg. à 110	5	112,00 G
do. V. u. VI. S. rückg. 100	4	104,60 B
do. rückg. à 115	4½	114,40 B
do. rückg. à 100	4	102,25bz G
do. Central-Bod.-Cred. unf. Kündg. nicht. à 100	4	102,30 B

Preuß. Central-Boden-Credit. unf. Kündbr. rückg. à 110	4½	112,40 B
do. do. rückg. à 100	3½	97 80 bz
do. Pfd. do. . . .	4	—
Pr.-Pos.-B. unkündb. rückg. à 110	4½	116,50 bz
do. do. rückg. à 110	5	101,60 G
do. do. rückg. à 100	3½	95,70 G
Südbaierische Boden-Credit	4	100,60 G

Industrielle Gesellschaften.

Einsätze überall 40%.

Dividende	1885	1886
Anhalter Masch.-B.-A. . .	1	— 76,00 G
Berlin-Anhalt. Masch. . .	4½	— 66,00 bz
Berl. Masch. Schwartz. . .	33½	— 413,00 G
Berliner Unionsbrauerei .	7	— 149,0 G
Böhm. Brauh.-A.-G. . .	1	— 293,00 bz
Grödlitzer Papierfabrik .	15	— 193,50 B
Deutsche Kunst.-Gold . .	12	— 187,00 B
Friedrichshütte G.-B. . .	13½	— 807,50 G
Glauzigter Zuckerfabrik .	2	— 77,50 B
Greppiner Werke . . .	6	— 84,00 G
Halleische Maschinenfabrik	10	— 206,00 G
Hettstedt. Gißhütt-Ges. .	2½	— 89 75 B
Kirchdorfer Zuckerfabr f	5	— 140,00 G
Leopoldshall. Chem. . .	5	— 106,90 bz
Magdeb. Allg. Gas . . .	7½	— 84,00 G
Magdeburger Bankverf . .	8½	— 112,75 bz
Nordhäuser Tapetenfabrik	4½	— 106,00 G
Pierdebahn, vor Berliner	11	— 85,00 bz
do. Magdeburg . .	8	— 199,50 bz
Schering, Chem. Fabrik .	18	— 320 0 bz
Schwanitz, Gummi . . .	11	— 148,50 G
Siegfried, Chem. Fabrik .	—	— 131,25 G
Salzdetfurter Kali-Ges. .	14	— 177,00 G
Thüringer Salinen . . .	5	— —
Tivoli, Aktien-Bierbrauerei	6	— 30,25bz
Zeitzer Masch.-Anstalt . .	10	— 227,00 B

Bergwerks- u. Hüttengesellschaften.

Anhalter Kohlenwerk . . .	11½	— 180,00bz
Gelsenkirch. Bergwerks-Ges.	6½	— 124 40bz
Kaiserstuhl Bergwerk . .	6½	— 124,00 G
Donnersmarckhütte . . .	—	— 42 30 B
Dortm. Union St.-Pr. Lit. A.	4½	— 65,10 G
do. do. St.-Pr. per ult.	4½	— 65,00 G
Gelsenkirchener	6	— 111 00bz
Königs- und Laurahütte .	½	— 84 40bz
do. do. per ult.	½	— 84,70bz
Oberschlesische Eisenbahn	3½	— 76,50 B
Ilseder Hütten	15	— 223,10 G
do. St.-Pr. Lit. B.	15	— —
Sächs. Gußstahl	7	— 117,75 G
Sächsisch-Thür. Braunkohlen	15	— 162 50 G
do. do. St.-Pr.	15	— 160,00 B
Westeregel. Alkalin. . .	8	— 155,50bz

Wechsel.

Amsterdam	100 fl.	2 T.	2½	168,45bz
do.	100 fl.	2 M.	2½	167,85bz
London	1 Lstr.	3 T.	2	20,35bz
do.	1 Lstr.	3 M.	2	20,22bz B
Paris	100 Frcs.	8 T.	2	80,45bz
do.	100 Frcs.	2 M.	3	80,10bz
Petersburg	100 S.-R.	3 M.	6	187 70bz
do.	100 S.-R.	3 M.	6	186,30bz
Wien Oest. W.	100 fl.	8 T.	4	168,75 B
do. do.	100 fl.	2 M.	4	169,65bz

Gold, Silber und Papiergeld

Cours in Mark.

Dollars	per St.	—
Dukaten	per St.	9,58bz
Imperials	per St.	16,71bz
Napoleonsd'or	per St.	16,13bz
Souveraingeld	per St.	20 215bz
Englische Banknoten pr 1Lstr.		20,40 B
Franz. Banknoten pr 100 Frcs.		80,50bz
Oesterr. Banknoten pr 100 fl.		168 85bz
do. Silbergeld. (hier einlösb.)		160,05bz
Russische Banknoten pr 100 Rb.		189,70bz

Bankdisconto in

Amsterdam . .	2½	London . .	3
Berlin	4	Paris . . .	3
do. Lombard .	4½	Petersburg .	5
do. Privatdisc.	3	Wien . . .	4
Brüssel	2½		

Umrechnungs-Course:

1 Fl. österr. = 2 M. 100 Fl. holländ. = 170 M.
1 Dollar = 4 M 25 Pf. 100 Rubel = 396 M.
100 Frcs. = 80 M. 1 Lstr. = 20 M.

Leipziger Börse v. 21 Januar.

Königl. Sächsische Rente .	4	92,60 G
Pfandbr. des Sächs. landw. Kredit-Verbandes v. 67	4	103,50 G
Credbrfe. des Sächs. landw. Cent.-Kreditverbandes v. 67	4½	105,00 G
Schuldsch. d. Manuf.-Gerichts von 1852	4	102,00bz
do. do. von 1872	4½	102,50 G
do. do. von 1879	4½	102,50 G
Altenburg-Zeitz	4	188,00 G
Aussig-Teplitz	4	132,00 G
Saalbahn St.-Pr. Dip. 85 30%	5	94,00 B
Allg. Deutsche Credit-Anstalt Dip. 85 90% .	4	170 25bz G
Leipziger Bank do. 63/65%	4	133,25 G
do. Disc.-Ges. do. 5/6%	4	106,00 G
Sächsische Bank do. 5½%	4	117,50 G
Grödlitzer Papierfabrik	—	—
do. Schuldverschreibungen	4	102 50 G
Halleische Strassenbahn	5	104,00 G
do. Dip. v. 84 2½%	4	126 50 G
Zeitz. Maschinf. Schlenkig Dip. 84/85 13%	4	198 00 G
Zuckerraffinerie Halle Dip. 84/85 16%	4	160 00bz G
Aussig-Teplitzer St.-Obl.	4½	102,00 B
Buschtiehrader do. v. 79	5	85,00bz
Böhmer Eisenbahn-Oblig. .	5	102,20bz
Graz-Köflacher do. v. 73	5	102,00 G
Graz-Turnauer do. . .	5	80 75 G
Ungar. Nordostbahn-Obl. .	5	81,00 G
Sächs.-Thür. Brauns.-Berm. G.-B. St. Dip. 85 15%	4	141,00 G
Sächs.-Thür. Braun.-Berm. R.-G.-St.-Pr. Dip. 85 15%	5	165,00